

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 7. März 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 28.

Bekanntmachung.

Gemäß dem Beschlusse des Tarifausschusses hat das Tarifausschreiben einen neuen

Kommentar zum Tarife

herausgegeben. Derselbe umfaßt 22 Druckbogen und ist zum Preise von 90 Pf. pro Exemplar vom Tarifausschreiber direkt zu beziehen; für Porto sind bei 1 Exemplar außerdem 20 Pf., bei 2 Exemplaren 80 Pf. zu entrichten. Mehr als 2 Exemplare müssen als Postpaket versendet werden, und werden Pakete von uns unfrankiert aufgegeben.

Die Versendung erfolgt in jedem Falle nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages oder gegen Nachnahme.

Berlin, 11. Februar 1908.

SW. 48, Friedrichstraße 239.

Das Tarifausschreiben der Deutschen Buchdrucker.

Georg W. Bügenstein, L. G. Giesecke,
Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Gewerkschaftliche Neutralität.

XVII.

„Es ist unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht wird.“, äußerte der Geschäftsführer R. Fischer auf dem Mannheimer s.-d. Parteitag, und an diesem Gedanken ist in der sozialdemokratischen Partei festgehalten worden, so lange es eine gewerkschaftliche Bewegung gibt. Wie sich aber mit einer solchen „Notwendigkeit“ der Begriff „Neutralität“ vereinbaren soll, ist mir unerfindlich. Aus dem gewerkschaftlichen Bedürfnis, allen politischen Parteien gegenüber Neutralität üben zu müssen, und der Tatsache, daß andauernd eine bestimmte politische Partei diese Neutralität zu durchbrechen und dafür die Gewerkschaftsmitglieder selbst zu gewinnen sucht (siehe die Resolutionen des Jenaer und Mannheimer s.-d. Parteitages), haben sich im Laufe der Zeit alle die Differenzen zwischen der Sozialdemokratie und den Buchdruckern, sowie der genannten Partei mit andern Gewerkschaften ergeben. Es wird fortgesetzt behauptet, daß die Sozialdemokratie nichts mit den Gewerkschaften zu tun habe, diese sollen aber gleichwohl zur Pflege des sozialdemokratischen Geistes in den Gewerkschaften verpflichtet sein. Das ist ein Zustand, der keinem von beiden Teilen würdig ist. Entweder — oder!

Unter dem bisherigen Verhältnisse mußte naturgemäß der Verband der Deutschen Buchdrucker am schwersten leiden. Seine Vormachtstellung in allen praktischen Gewerkschaftsfragen verlangte nur zu oft eine Stellungnahme, als sie allgemein in Arbeiterkreisen verstanden oder erfahrungsmäßig gewürdigt werden konnte. Waren es früher in der Hauptsache einzelne Bestimmungen unsers Tarifes (Beihilfsstala), so später die neuzeitliche Tarifgemeinschaft, dann wieder einzelne Einrichtungen, die sich aus der Entwicklung der Tarifgemeinschaft ergaben. Da ich bei dieser Arbeit nur bedingt unsere Organisation im Auge habe, hauptsächlich aber die Gewerkschaften im allgemeinen, so verzichte ich darauf, eine historische Schilderung der gedachten Differenzen und Kämpfe zu geben.

Erschöpfend ist dieses Thema nur in einem besondern Werke zu erledigen, während hier im Fluge der Tage und der sonstigen Arbeit es sich nur um eine Strichzeichnung handeln kann. Das wolle man überhaupt bei meiner ganzen Arbeit berücksichtigen.

Selbstverständlich hat es in der Zeit von 1893 bis zum Gewerkschaftskongreß 1905 in Köln auch nicht daran gefehlt, den wirtschaftlichen Organisationen mehr oder minder begrifflich zu machen: „Die Gewerkschaften müssen sozialdemokratisch sein, oder sie werden nicht sein!“ Der Abgeordnete v. Elm führte z. B. im August 1900 in einer Dresdener Versammlung aus, daß Kautsky die Gewerkschaften nur haben wolle, „weil sie Vorhüllen für den Sozialismus und einmal imstande sind, eine große politische Aktion durch einen Generalstreik zu unterstützen; das Charakteristische ist, daß Kautsky die Gewerkschaften danach beurteilt, ob sie einen Wert für die Partei haben oder nicht, daß er die Gewerkschaftsbewegung der Parteibewegung unterordnet und sie nicht für gleichwertig und gleichberechtigt hält.“ Soweit v. Elm. Zu gleicher Zeit wurde auf einer Niederbarnimer Kreisversammlung der s.-d. Partei erklärt: „Der nächste Gewerkschaftskongreß werde hoffentlich so beschließen, daß von Neutralität der Gewerkschaften keine Rede mehr sein kann.“ Ein anderer Redner war der Meinung: „Wenn die Gewerkschaften neutral werden, müssen sie verpuffen.“ Man erblickte eben in dem allmählichen Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung eine die Sozialdemokratie schädigende Rivalität. Nicht ohne Grund erinnerte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ an die ausdrückliche Lehre Lassalle's, „daß es schwer ist und leicht verhängnisvoll werden kann, auf mehr als ein Interesse die Massen zu lenken.“

August Bebel machte auch 1900 gar kein Hehl daraus, daß trotz der von ihm damals vertretenen Neutralität für die Gewerkschaften sie für ihn sozialdemokratische Gebilde sein mußten. Er klassifizierte die Gewerkschaften in fünf Richtungen: 1. in die sogenannte sozialdemokratische, 2. die liberale Girsch-Dundersche, 3. die katholische, 4. die evangelische, 5. die durch den Buchdruckerverband vertretene, möglichst neutrale. Von den Buchdruckern sagte Bebel außerdem: „Der Buchdruckerverband ist stets so neutral gewesen, daß er den Arbeiterstandpunkt nie vertreten hat.“ Mit einer dazugehörigen Kritik strafe Bebel seine eignen Worte auf dem s.-d. Parteitag in Gotha folgen: „Wenn man in den betreffenden Kreisen der Genossen nicht besser einsieht, wie man den Trades-Unions gegenüber sich zu verhalten hat, dann werden wir allerdings noch länger darauf warten können, daß diese vom sozialistischen Geiste erfüllt werden.“ Aber Bebel hatte sich inzwischen in seiner Beurteilung der Gewerkschaften wieder einmal „gemausert“.

Daß die Gewerkschaften sich der s.-d. Parteidisziplin unterzuordnen haben, trat am eifrigsten nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß und nach der Sitzung der Zentralvorstände der Gewerkschaften im Februar 1906 hervor. Was da aus s.-d. Parteitreffen an Beurlaubung der Gewerkschaftsführer geleistet wurde, das geht tatsächlich

„auf keine Ruhhaut“. Hierfür nur wenige Beispiele: Die „Leipziger Volkszeitung“ sprach von einer gegen sie gerichteten „Sympsonkraste gewisser Kreise von Gewerkschaftsbeamten“, eine in einem Berliner Gewerkschaftsblatt enthaltene Kritik einer Rede der Frau Luxemburg verleitete das Leipziger s.-d. Parteiorgan dazu, diese Kritik als „etwas so Niederträchtiges, Schamloses und Schuftiges“ zu bezeichnen, wie es der „S. B.“ noch nie begegnet sei, eine Kritik, die nicht weit vom Ziele traf, weil diese Rede doch geschrieben hatte: „... In beiden wirtschaftlichen Hauptfunktionen verwandelt sich also der gewerkschaftliche Kampf kraft objektiver Vorgänge in der kapitalistischen Gesellschaft in eine Art Sisyphusarbeit...“ Der „Vorwärts“ klärte seine Leser auf, daß man die „Gewerkschaften zu einer Staffage für die Gewerkschaftsbeamten“ mache, der „Zimmerer“ stellte fest, daß auf seinen Vorwurf, „durch einen Teil der s.-d. Presse gehe ein gewerkschaftsfeindlicher Zug“, der „Vorwärts“ mit einer „persönlichen Pöbelelei“ erwidert habe, derselbe „Vorwärts“, der es als eine „Infamie“ bezeichnet hatte, daß die „Einigkeit“ Druckstücke aus dem Protokolle der Vorstandskonferenz veröffentlichte, später sich aber dieser „Infamie“ selber schuldig machte. Allmählich wandelte sich diese „Infamie“ in eine „plumpe Indiskretion“ (Bebel) und schließlich in „ein verdienstliches Werk“ („Braunschweiger Volksfreund“) — in Wirklichkeit aber war die wider den Willen der Zentralvorstände geschehene Veröffentlichung des Protokolls eine blutige Provokation der Gewerkschaftsleitungen, die sich leider eine solche Behandlung ruhig gefallen lassen oder sich auf papierne Proteste beschränken, wenn's hoch kommt. Allerdings, es wird jeder so behandelt, wie er sich's gefallen läßt. Wenn man meine Zurückweisung sozialdemokratischer Einmischungen in unsere Verbandsangelegenheiten geflissentlich mit einer erkennbaren Absicht seit Jahren in Angriff auf die Sozialdemokratie unternimmt, auf welchen faulen Zauber immer noch Buchdrucker hereinfallen, so sollte es diesen Kollegen zu denken geben, wie andre Gewerkschaftsführer, die sich außerhalb ihrer Gewerkschaft durchweg dem sozialdemokratischen Programm unterordnen, sich gegen die Beschimpfungen aus ihrem eignen Genossenlager verteidigen müssen. Hierfür nur einige Stichproben. Weil der Kölner Beschluß über den Generalstreik und politischen Massenstreik nicht den Beifall des radikalen, aber maßgebenden Flügels in der Sozialdemokratie fand, suchte man die Massen der Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre Führer aufzurufen. „Man schwelgte in radikalen Phrasen, man schwärmte den Massen manches über ihre Macht vor, man sprach von gewerkschaftlichem Sumpfe, von Palliativmitteln, von Feigheit der Führer usw., man sprach davon, daß es notwendig sei, diesen verkrüppelten, bürokratischen Gewerkschaftsführern einmal die Maske zu liften, man sprach von Pfennigfuchsern, Leisetretern, Diktatoren, Spießhähnen usw., über die Grenzen der Gewerkschaftsbewegung schrieben Leute, die sicher niemals Gewerkschaftsmitglieder gewesen sind, die niemals auch nur mit einem Finger an einem gewerkschaftlichen Kampfe teilgenommen haben, man sprach in Berlin über die verpufften Kreaturen im Gewerkschaftshause, man hat offiziell zum Disziplinbruch aufgefordert,

man verlangte von den Mitgliedern, sie sollten Sturm laufen gegen ihre Führer; in einem Teile der größten Parteiblätter wurden alle mißbilligenden Resolutionen über den Kongreß zum Abdrucke gebracht, zustimmende Resolutionen unterschlug man, man hat eine systematische Hege, eine elende Demagogie betrieben", klagte ein Gewerkschaftsführer und Sozialdemokrat auf der gedachten Konferenz und fügte hinzu: „Wir haben zu prüfen, ob sich diese Vorgänge wiederholen können, und wenn sie sich wiederholen, was dann zu geschehen hat. Nach meiner Überzeugung müßte dann die Gewerkschaftspressen unbedingt solidarischer, energischer und rücksichtsloser zur Abwehr schreiten". Der „Vorwärts", sagte ein Redner, der Reichshäuser mit Viktor Schweinburg oder Max Lorenz vergleicht, habe der „Metallarbeiterzeitung" erwidert, was sie sich eigentlich denke, „es sei falsch, anzunehmen, daß die Gewerkschaftsbeamten und die Redakteure die Stimmung der Massen wiedergeben". Selbstverständlich ist das nur der Fall bei der homogenen ökonomisch-historischen Redaktion, die widerspruchslos in den Spalten des „Vorwärts" einen Versammlungsbericht der Lokalkisten duldet, in dem vorgeschlagen wurde, für das Berliner Gewerkschaftshaus die Überschrift zu wählen: „Erziehungshaus für Lumpen." Im Sinne meiner Ausführungen erklärte ein Teilnehmer auf dieser Konferenz: „Im Jahr 1898 waren die Gewerkschaften noch schwach, es sah so aus, daß sie sich im Sinne der Kautsky'schen Theorien entwickeln würden; seitdem sind sie erstarkt und haben bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Das ist der Kern der Sache, der Ursprung der Unmühsamkeit der Purpolitiker gegen uns. . . Wer auf dem Boden der radikalen Gruppe der Partei steht, der kann keine gewerkschaftliche Theorie anerkennen, der kennt nur eine Theorie des politischen Klassenkampfes." Ein anderer Redner sprach von dem Geiste Friedeberts, der nach der „Palastrevolution" in anarcho-sozialistischem Sinne den „Vorwärts" redigiere. „Eine Reihe unserer so genannten Theoretiker propagiert auch heute noch den gewerkschaftlichen Kampf um des Kampfes willen, wie man früher sagte, um die Köpfe der Arbeiter zu revolutionieren." Ein weiterer Redner führte aus: „Auch der Parteivorstand hätte vor Jena wissen müssen, daß der preußische Staat nicht vergleichbar ist mit Rußland, daß Preußen-Deutschland mit so ungeheuren Waffen ausgerüstet ist, daß jeder Massenstreik, jede Vorbereitung zur Revolution niedergeschlagen würde. Diese Erkenntnis kam dem Parteivorstande reichlich spät, kurz vor dem 24. Januar. Das zeugt nicht dafür, daß die Parteileitung in guten Händen ist. Ich bin der Meinung, daß sich die Genossen, auch der Parteivorstand, viel zu viel von unverantwortlichen Schiefern in der Partei leiten lassen." Aber wie in der betreffenden Organisation, welcher der Redner angehörte, so ist es auch bei den Buchdruckern: „Der . . . hat an den Streitfragen sachliche Kritik geübt und versucht, die Schäden aufzudecken. Keines unserer Mitglieder hat etwas dagegen gehabt. Möglicherweise fällt es einigen Personen in der Partei ein, zu entdecken, daß der . . . gegen die Partei hege, und nun kommen auch unsere Kollegen und sagen, wir müssen Stellung dazu nehmen. Erst jetzt kommen sie, nachdem ihnen durch den „Vorwärts" und andre Dringane suggeriert worden ist, der . . . hege gegen die Partei. . . Wie schwankend haben sich die hervorragenden Mitglieder der Partei seit Jahren benommen? Bald war es mit der Neutralität so, bald so. Es ist in der Tat wirklich einmal notwendig, daß wir eine theoretische Klärung herbeizuführen suchen. Wir werden noch viel zu kämpfen haben, wir werden nicht durch eine Einigungsresolution, wir werden nicht durch mattes Auftreten die Zwifligkeiten beseitigen, sondern scharf und schneidig müssen wir das sagen, was ist." Es war kein Freund Reichshäusers, der das sprach, sondern ein alter, grauer Parteigenosse.

Weil nun aber der „Volkswille" in Hannover; die „Sächsische Arbeiterzeitung" in Dresden und andre ungezählte s.-d. Preßorgane ob meiner Artikelserie recht zart kritisieren, von dem blödsinnigen Geseire im „Vorwärts" ganz abgesehen, entdecken auch meine Kollegen, daß sie sich so schnell als möglich entristen müssen, natürlich nicht gegen die betreffenden s.-d. Blätter, sondern gegen mich, ohne meine Bitte zu berücksichtigen, wenigstens den Schluß dieser Arbeit abzuwarten. Und da rede einer noch davon, daß wir auch den theoretischen Streitfragen, die in unsere Gewerkschaftsarbeit ganz bedeutend hineinspielen und untrennbar mit der Neutralitätsfrage verbunden sind, uns zuzuwenden haben und „scharf und schneidig zu sagen, was ist"! Ein schönes Wort, dessen Wert in der Arbeiterbewegung v. Vollmar in Dresden 1903 wie folgt glossierte:

Das Recht der Meinungsfreiheit, der Kritik, existiert ganz oder überhaupt nicht, es existiert ohne Vorbehalt oder gar nicht. Auch die Denkfreiheit und Befreiheit des heutigen Staates steht auf dem Papier, aber in der Praxis muß sie mit Unstand geübt werden, da darf kein öffentliches Argernis erregt werden! Nein, so haben wir nicht gewettet, und es ist einfach beschämend, daß eine solche Ansicht in Bezug auf die Sozialdemokratie nicht nur ausgesprochen, sondern auch nurgedacht ist! Denn wenn es eine Wesensgrundlage, eine Lebenswurzel der Sozialdemokratie gibt, ist es die absolute Freiheit des Denkens, des Forschens, der Untersuchung, der Grundzüge, der Ziele, der Taktik nach jeder Richtung! Das sage ich ihnen: Wenn man mir einen Maulkorb zumutet, dann ist es mir ziemlich gleichgültig, ob es ein polizeilicher, ein kirchlicher oder ein sogenannter demokratischer Maulkorb ist.

Freilich, wenn ich mir aus rein sachlichen und objektiven Gründen eine Kritik über die Dinge in der Arbeiterbewegung erlaube, dann braucht für die Massen bloß die Parole in der s.-d. Presse ausgegeben werden: „Reichshäuser reißt die Partei herunter!" und die Entrüstung des souveränen Volkes ist fertig. Dagegen dürfen die s.-d. Blätter sich jede Kritik an den Verhandlungen erlauben — ich erinnere nur an den Oktober 1906! —, das ist dann „berechtigte Kritik"! Es wird als ganz selbstverständlich hingenommen, „weri", der „Vorwärts" (1903) schreibt: „Daß man als Sozialdemokrat an der Leitung des Buchdruckerverbandes, besonders an der Haltung seines Preßorgans, manches auszufehen hat, ist bekannt. Auch wir haben, bei aller Anerkennung der gewerkschaftlichen Leistungen des Buchdruckerverbandes, rüchhaltlose Kritik an seinen Handlungen geübt, wo es nötig war." Eine „rückhaltlose Kritik" der Sozialdemokratie an den Handlungen des Verbandes ist natürlich für den „Vorwärts" selbstverständlich, aber wenn der „Korr." sich einmal theoretische Untersuchungen an der Arbeiterbewegung erlaubt, ist das Arbeiterverrat. Wie man sieht, hätte der „Vorwärts" alle Veranlassung, das selbst zu üben, was er andern Leuten empfiehlt. Ich könnte Hunderte von Beispielen anführen, wie die s.-d. Presse sich ständig in unsere internen Verhältnisse einmischte, oder ist dies nicht der Fall, wenn man eine Gewerkschaftsorganisation in Grund und Boden verdammt, wie ich bloß an zwei Zitate nachweisen will. So erklärte der Reichstagsabgeordnete Stadthagen: „Eine Zentralorganisation wie den Buchdruckerverband wünschen wir nicht, und die Genossen der Gewerkschaft der Buchdrucker haben nur ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan." Oder wie die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" schreibt: „Wir würden es im Interesse der Emanzipationsbestrebungen des Proletariates bedauern, wenn die modernen deutschen Gewerkschaften den Charakter des Verbandes der Deutschen Buchdrucker annehmen würden." Das sind nur zwei Zitate von Hunderten, die ich anführen könnte, um nachzuweisen, daß die s.-d. Parteipresse gar keine Ursache hat, mir die Berechtigung zu bestreiten, in sachlicher Weise die Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu untersuchen, was nur deshalb geschieht, um Klarheit und Einigkeit in der Beurteilung dieser für unsern Verband wichtigen Frage zu erzielen. Das ist für mich die zwingende Veranlassung, und weiter nichts, und damit werde

ich vor meiner Organisation bestehen. Erklärte doch ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter auf der besagten Konferenz:

Das Reichshäuser sachlich über die praktischen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung vertritt, ist die Meinung vieler, sehr vieler Genossen. Sie fürchten sich nur zu sagen, was ist, denn es ist nicht angenehm, zum Mittelpunkt eines Kreuzfeuers gemacht zu werden. Daß Gewerkschaft und Partei sich in einer Krise befinden, wissen wir alle, aber nur wenige haben den Mut, zu sagen, was ist. Es muß gesagt werden hier in unserm Kreise, daß wir nicht zu scheuen wagen, was wir sind. Unsere organisierte Kraft entspricht nicht unsern öffentlichen Äußerungen. Und weil wir das wissen, befinden wir uns in einem fortgesetzten inneren Konflikt mit uns selbst. . . . Aber aber aus der Wirklichkeit die Konsequenz zieht, läuft Gefahr, in der gefährlichsten Weise angegriffen zu werden. Das hält unsere Genossen hiesig ab, ihre durch reifliches Nachdenken genommene Überzeugung von der Unfruchtbarkeit der jetzigen Situation auszusprechen. Die geistige Entwicklung wird dadurch gehemmt, wir leiden unter Intoleranz und innern geistigen Konflikten. Bald sind wir unzulänglich wie die katholische Kirche. Das Gefühl ist weit herrschend in der Gewerkschaft und der Partei.

Trotz all dieser Vorgänge hatte aber die s.-d. Partei daraus nichts gelernt. Es blieb eben den Gewerkschaften gegenüber alles beim alten. Erklärte doch noch auf dem Mannheimer s.-d. Parteitage der Bergarbeiterführer Sachse: „Kautsky meinte weiter, die Gewerkschaften müßten sich unter allen Umständen der Partei fügen. Ja, dann sollte man doch einen Schritt weiter gehen und sagen, daß die Gewerkschaften ganz überflüssig sind und nur eine Partei bilden, die die Gewerkschaftsfragen mit regelt." Bezadezu lächerlich war der Ausspruch Kautskys auf diesem Parteitage: „Das ganze Vertrauen, welches die Volksmasse der Sozialdemokratie entgegenbringt, bringt sie darum auch den Gewerkschaften entgegen, und darin beruht die Hauptstärke der Gewerkschaften." Die Sozialdemokratie als politische Partei weist nur 400 000 organisierte Genossen auf — bei über drei Millionen Stimmen und etwa 900 000 Abonnenten der s.-d. Tagespresse —, alles übrige sind Mitläufer, mit Recht Unzufriedene aus allen Gesellschaftskreisen, die der Gewerkschaftsbewegung, soweit es nicht Arbeiter sind, weder kalt noch warm gegenüberstehen. Mancher verzweifelte Kleinhandwerker wählt sozialdemokratisch, der vielleicht die Bude voll Lehrlinge hat; „darum" das Vertrauen dieses Mannes auch in die Gewerkschaftsbewegung! Man sieht, überall tritt das Bestreben hervor, die Gewerkschaftsbewegung, wie 1893, zu verkleinern und ihre unermüdete Arbeit und opferreichen Kämpfe auf das Konto einer Parteidoktrin zu setzen. Auf Kautsky treffen aber dessen eigne Worte in Jena zu: „Große Worte, hinter denen nichts steckt, machen denjenigen nur lächerlich, der sie gebraucht."

Diese tausendfachen Bemühungen, fortgesetzt den Gewerkschaften ins Gedächtnis zu rufen, daß sie ohne die sozialdemokratische Partei ihre Aufgaben nicht erfüllen könnten, arten ins Kindische aus. Wen will man denn mit solchen Kinderlichen täuschen? Während sich bei der erstbesten Gelegenheit die Tatsache herausstellt, daß die Sozialdemokratie ohne Gewerkschaften weder Partei- noch sonstige Politik treiben kann. Ich halte heute noch aufrecht, was ich 1902 in Stuttgart sagte: „Ohne die Gewerkschaften müßte die s.-d. Partei auseinanderfallen." Ihre Ohnmacht* — eine Folge

* . . . Was im gegenwärtigen Moment auf Europa und der Welt, auf der Verhütung des Friedens, der Sicherstellung der politischen Freiheiten, dem Fortschritt des Sozialismus und der Arbeiterklasse lastet, was auf den politischen und sozialen Fortschritt Europas und der Welt drückt, das sind nicht die angeblichen Kompromisse, die waghalsigen Versuche der französischen Sozialisten, die sich mit der Demokratie verbündet haben, um die Freiheit, den Fortschritt, den Frieden der Welt zu retten, sondern das ist die politische Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie. Man erwartete von euch, die sozialistische Welt erwartete von euch, von jenem Dresdner Kongreß, der nach dem Sieg der drei Millionen Stimmen stattfand, die Festlegung einer Politik. Ihr habt in euren Blättern ausgerufen: Unser das Reich! Unser die Welt! Nein, das Reich ist noch nicht euer, ihr seid nicht einmal so sicher, daß ihr in eurer Hauptstadt dem internationalen Sozialismus Gastrecht gewähren könntet. Jaurès auf dem internationalen Amsterdamer Kongreß 1904.

ihrer eignen Forderung — tritt dann immer klar zutage, wenn man auf die Praxis der Arbeiterbewegung zu sprechen kommt. So sagte die Frau Zieg in Mannheim: „Mit dem Massenstreik wären auch heute schon Erfolge zu erzielen ohne die Bremsererei der Gewerkschaftsvorstände. In Sachsen, ja selbst in Hamburg seien die Vorbedingungen gegeben gewesen, um mit begeisterten Gewerkschaftsmitgliedern etwas erreichen zu können. Aber die Antipathie der Gewerkschaftsvorstände hat uns an der Ausnutzung der Situation verhindert.“ Müssen mit einer solchen Hege gegen die Gewerkschaftsführer nicht schließlich die Mitglieder der Gewerkschaften zu dem Urteil kommen, daß lediglich nur noch die Gewerkschaftsbeamten dem Siege der Arbeiterklasse im Wege stehen? Der Buchdruckereibesitzer Herbert (Stettin) machte in Mannheim ebenfalls auf die Notwendigkeit des Massenstreiks aufmerksam, da alle anderen Mittel verbraucht seien: „Wenn bei der Wahlrechtsbewegung in Preußen keine anderen Mittel angewandt werden sollen als Versammlungen, so kann man sie ruhig einstellen. Versammlungen imponieren der Regierung nicht, auch nicht Straßendemonstrationen. Diese wären ihr vielleicht sogar lieb, um der Arbeiterbewegung Blut abzapfen.“ Ein Standpunkt, den ich stets vertreten habe, nur daß ich das Mittel auch nicht im Massenstreik erblicken kann.

Korrespondenzen.

Sch. Dresden. (Verichtigung.) In dem Dresdener Versammlungsbericht in Nr. 26 muß es in der 29. Zeile von oben heißen: „Sitzung vom 17. Dezember“, und in der 30. Zeile von unten auf derselben Spalte: „In Berlin habe der Zentralvorstand ein Ansuchen des Kollegen Mantewuff, ihn auf der Kölner Generalversammlung zuzulassen, abgelehnt.“

a. Bezirk Erfurt. Am 23. Februar wurde in Arnstadt im Schützenhause „Schönbrunn“ die erste diesjährige Bezirksversammlung abgehalten, die von 164 Kollegen besucht war. Es waren anwesend aus Arnstadt 1, Kollegen, Erfurt 120, Wehrh. 1, Ilmgau 10, Meißn. 1, Plaue 1, Sömmersd. 3, Sonderhausen 10, Stotternheim 5, Sulz 9 und Jella-St. Blaus 1. Der Gauvorstand war durch den Gauvorsteher Helmholz vertreten. Aus dem vom Kassierer Sonnenstädt erstatteten Kassenerichte für das zweite, dritte und vierte Quartal 1907 ist hervorzuheben, daß die Bezirkskasse in dem erwähnten Zeitraum eine Gesamteinnahme von 1323,88 Mk. und eine Gesamtausgabe von 787,20 Mk. zu verzeichnen hatte. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aus dem ausführlichen Berichte des Bezirksvorsitzenden Stange ist hervorzuheben, daß im Jahre 1907 die Mitgliederzahl im Bezirke von 222 auf 279 gestiegen ist, die sich auf 13 Druckorte verteilen; am Bezirksvorort selbst stieg die Mitgliederzahl von 161 auf 195, denen 60 Bündler und 54 Prinzipalstammmitglieder resp. Milde gegenüberstehen. Die Zahl der tariffreien Druckereien im Bezirke vermehrte sich von 32 auf 40, etwa 20 Firmen sind noch für den Tarif zu gewinnen. Der Vorkriegswirtschaft wurde energisch zu Hilfe gerufen, wie an dem Feinzeig mit „Korr.“ berichteten Fall aus Greußen zu sehen war. Eine eingehende Statistik über die Verhältnisse im Bezirke ist in dem in Kürze zur Ausgabe gelangenden Gaujahresbericht enthalten, weshalb ein näheres Eingehen auf dieselben an dieser Stelle überflüssig ist. Die Berichte aus den einzelnen Bezirksorten zeigen keine wesentlichen Veränderungen gegen den Stand vom Juli v. J., doch mag zur Ergänzung der Berichtserstattung über jene Bezirksversammlung in Sulz hier nicht unerwähnt bleiben, daß bei der Firma „Hennsberger Zeitung“ (Müller) vom 1. Januar 1908 an die Ausnahmebestimmung wegen der Arbeitszeit wieder aufgehoben worden ist. Diese Angelegenheit wirbelte auf der letzten Bezirksversammlung bekanntlich viel Staub auf, weil das Tarifamt lediglich auf den Antrag des Prinzipals hin und im Einvernehmen mit dem Gehilfenvertreter König (Halle), jedoch ohne die Gehilfen vorher zu hören, der Druckerei die Ausnahmebestimmung zugestimmt hatte, wodurch eine von den Gehilfen bereits erkämpfte günstigere Stellung wieder zeitweilig rückgängig gemacht wurde. Auf die Berichterstattung folgte ein sehr eingehendes Referat des Gauvorstehers Helmholz über die letzte Gauvorsteherkonferenz. Kollege Helmholz vertrat in der Spartenfrage den Standpunkt, daß den Sparten in keiner Weise das Recht bestritten werden soll, ihre speziellen Berufsinteressen nach besten Kräften zu vertreten, daß aber jeder Versuch der Sparten, Einfluß auf die gewerkschaftliche Taktik des Gesamtverbandes zu gewinnen, mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Er wandte sich mit Schärfe gegen die bekannte Erklärung der Spartenvertretungen in der Nr. 22 des „Korr.“; die Zusammenkunft der Generalversammlung des Verbandes sei nicht nach der Stärke der Sparten zu beurteilen, sondern sie komme als einziges Moment der Tüchtigkeit der betreffenden Kollegen als Verbands-

mitglieder in Frage. Kollege Helmholz kann die Ansicht nicht unterdrücken, daß einzelnen Spartenführern das Feld ihrer Tätigkeit zu eng begrenzt erscheine. Es müsse nachdrücklich vor der einseitigen Vertretung der Spartenbestrebungen gewarnt werden, die eine Verschlebung der sozialen Lage der Mitglieder bedinge und deshalb der Einigkeit im Verbands nicht förderlich sein könne, sodann aber auch unnötigerweise den so schon reichlich vorhandenen Explosionsstoff zwischen Gehilfen und Prinzipalstäben häufe; die Kosten der dadurch entstehenden Differenzen habe der Gesamtverband zu tragen. Referent gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Spartenfrage auf der nächsten Generalversammlung ihre endgültige Erledigung finden werde. Selbstverständlich erklärte Kollege Helmholz auch die andern auf der Gauvorsteherkonferenz ventilerten Fragen, besonders auch die Wänderung des § 4 der Organisationsfrage; aber die nachfolgende Distinktion bewegte sich fast ausschließlich auf dem Gebiete der Spartenfrage. Es muß anerkannt werden, daß die Auseinandersetzungen mit den Maschinenmeisterkollegen von erfreulicher Sachlichkeit getragen waren. Dagegen wurde von dem Maschinenjerkollegen Alter durch die gegen den Gauvorsteher gerichteten Angriffe wegen dessen die einseitige Vertretung der Sparteninteressen einiger Maschinenjerkollegen bekämpfenden Haltung auf der letzten Maschinenjerkonferenz in Erfurt am 12. Januar auf das bekanntermaßen unfruchtbare persönliche Gebiet überleitet. Die vorliegenden Anträge zur Gau- und Generalversammlung wurden ohne Debatte angenommen. Wir können mit Rücksicht auf ihre demnächstige Veröffentlichung hier von ihrer Wiedergabe absehen. Als Delegierte zum Gautage wurden vorgeschlagen die Kollegen: Stange, Sonnenstädt, Wicht, Eichholz, Dahl, Alter, Hampel, Stegmann und Jahn (Erfurt), Gräfer (Arnstadt), Käfer (Ilmgau), Reichardt (Sulz) und Kleemann (Sonderhausen). Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Erfurt bestimmt. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

th. Frankfurt a. M. Wegen anderweitiger Belegung des Gewerkschaftshauskaales mußte am 23. Februar unsere Versammlung im Florajal tagen. Dieselbe hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen; besonders aus dem „Nordend“ hatten sich viele Kollegen eingefunden, die in unserm „Gewerkschaftsparlament“ seltene Gäste sind. Vielleicht ist das ein Fingerzeig, daß man unsern Mitgliedern die Versammlungen ins Haus bringen muß, ähnlich dem Vorgehen der Frankfurter Stadtmittion, die für die Spezialeingänge „Erbauungsstunden“ im Stadtwald abhält. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete unser Vorsitzender Braum dem verstorbenen früheren Vorstandsmitglied Paul Koppo einen warm empfundenen Nachruf. Die Tagesordnung: 1. Anträge zur Generalversammlung des Verbandes, 2. Ioffe hatte geübten Debatten aus; da die Anwesenden in der vorhergehenden Versammlung die Stellungnahme der Bezirksmitglieder genügend vorbereitet hatten, und somit förderte die endgültige Beschlußfassung auch keine wesentlichen neuen Momente zutage. Den Anträgen auf Vermehrung des Verbandsvorstandes sowie auf Reorganisation der Gane analog der Einteilung der Berufsgruppenorganisation wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Einstimmige Annahme fand der Antrag, der die Regelung der Gauzusprüche verlangt. Die Gauzusprüche sind entweder durch Verträge im ganzen Verbandsgebiet zu vereinheitlichen oder dieselben sind aufzuheben und die Verbandsunterstützung ist demgemäß zu erhöhen. In letzterem Falle bleibt es aber den einzelnen Mitgliedschaften überlassen, lokale Zusprüche einzuführen. Auch die Forderung, daß bei wichtigen Fragen (wie Abschluß und Änderung des Organisationsvertrages) die Mitglieder das Recht haben, mitzuentscheiden, fand einstimmige Zustimmung. Auch die übrigen Anträge auf Übernahme der Kosten für die Tarifinstitutionen auf die Verbandskasse, Herstellung einer Geschichte des Verbandes als Jubiläumsgabe sowie die Spezialanträge der vereinigten Sparten betreffs Vertretung in den Vorständen und bei der Generalversammlung fanden genügende Unterstützung. Freundliches Entgegenkommen fand ferner ein Antrag, der bei der Wahl zu Generalversammlungsdelegierten die Gewerkschaftsbeamten ausgeschlossen wissen will, sowie der Antrag der Maschinenjerkollegen betreffs Regelung der Instrukturfürsorge in außerdeutschen Ländern, die ihre Segnmaschinen aus Deutschland beziehen. Die Anstellung der Gauvorsteher sowie das Obligatorium des „Korr.“ wurden trotz der gewichtigen Gründe, die für deren Durchführung ins Feld geführt wurden, von der Versammlung mit anscheinlicher Mehrheit abgelehnt. Wenn auch die Spartenanträge bereitwillige Unterstützung fanden, vielleicht, weil man die Prüfung dieser Anträge der Generalversammlung vorbehalten wollte, oder weil man die ohnehin etwas gereizten Spartenkollegen nicht vor den Kopf stoßen wollte, so gaben die Anträge 4 und 5 doch zu ernstem Nachdenken Anlaß, zumal man dortseits ein unwillkürliches „Muß“ daraus zu konstruieren geneigt scheint. Die Hauptsache bei der Zusammensetzung der Orts- und Bezirksvorstände ist doch immer die, daß die geeigneten Kollegen dazu vorgeschlagen und gewählt werden; welcher Sparte dieselben angehören, ist für die Wahrung der Gesamtinteressen der einzelnen Vereine vollständig nebensächlich. Wesentlich erscheint noch der Schlußsatz des Antrages 5, wenn nicht gar vollständig überflüssig. Unklar ist vorläufig jedenfalls noch, wie man sich eine Unterordnung der Spartenkollegen unter den Mehrheitsbeschluß einer Spartenversammlung denkt, da unsere Kollegen auf Statut und Tarif verpflichtet sind und schwerlich auf andres verpflichtet lassen werden.

o. Görlitz. In der am 22. Februar abgehaltenen, von etwa 60 Mitgliedern besuchten Versammlung gab der Vorsitzende zunächst sämtliche wichtigen geschäftlichen Eingänge bekannt, und wurde besonders die Anschaffung des neuen Tarifkommentars jedem Mitglied als notwendiges und unentbehrliches Nachschlagebuch in Tarifangelegenheiten empfohlen. Das hiesige Tarifschiedsgericht für den Regierungsbezirk Liegnitz trat mit dem 1. Januar d. J. in Kraft. Die erste Klage betreffend Verweigerung der Bezahlung von Überstunden hat durch Vermittlung des Prinzipalvorsitzenden zugunsten des Klägers seine Erledigung gefunden. Zu der am Sonntag, den 28. März, abends 8 1/2 Uhr, in „Stadt Prag“ abzuhaltenden 10. Stiftungsfeier des Ortsvereins (Verbandsmitglieder waren zwar schon im August 1886 in Görlitz, aber die Gründung des Ortsvereins vollzog sich erst im März 1886) gab der Vorsitzende in großen Zügen die Programmabstufung zur Kenntnis. Unser Verbandsvorsitzender Döblin hat zu dieser Feier in entgegenkommendster Weise sein Erscheinen zugesagt und bereitwillig die Festrede übernommen. HOFFENTLICH haben wir die Freude, recht viele ehemalige hiesige Ortsvereinsmitglieder und liebe Gäste an dieser für uns wichtigen Feier begrüßen zu können. Zu dem Tagesordnungspunkte betreffend Beschlußfassung über die Zusammenlegung der hiesigen Gewerkschaftsbibliotheken führte der Vorsitzende aus: Was in dieser Frage für einen Ort von Nutzen sei, könne nicht immer verallgemeinert werden. Das Lebensbedürfnis würde bei den hiesigen Verhältnissen ganz bedeutend zurückgehen und somit die Zusammenlegung nicht den geringsten praktischen Wert haben; es würde gerade das Gegenteil von dem erzielt, was die Antragsteller damit bezweckten. Außerdem würden dem Kartell eine Menge Unkosten entstehen, die wiederum von den Gewerkschaften aufgebracht werden müßten. Sämtliche anwesende Mitglieder, auch die beiden Kartelldelegierten, waren mit diesen Ausführungen einverstanden. Sodann besprach der Vorsitzende die wichtigsten Punkte, mit denen sich jedenfalls unsere Generalversammlung beschäftigen wird: Neutralität, Organisationsvertrag, Sparten, Vertretung des Zentralvorstandes und „Korr.“-Redaktion.“ Redner war der Ansicht, daß bei der diesmaligen Generalversammlung die Erwartungen betreffend die Schöpfung der Unterstützungsstelle sich nur bei wenigen erfüllen werden und bei Stellung von Anträgen Maß und Ziel zu beachten sei. Nach eingehender, lebhafter Aussprache verschiedener Redner wurden folgende drei Anträge zum Beschluß erhoben: 1. § 5 Absatz 5 die Worte „freiwillig umgehende“ sind zu streichen. 2. Als Zusatz zu diesem Paragraphen: „Den ledigen Mitgliedern wird an Stelle des Umzugsgebühres der Fahrpreis vierter Klasse zu dem neuen Konditionsort erstattet, wenn der Nachweis der „Kondition“ beigebracht ist.“ 3. Auf 500 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen, anstatt wie bisher 400 Mitglieder. Bei der Kandidatenaufstellung als Delegierter zur Generalversammlung brachte der Vorsitzende zunächst die beiden Liegnitzer Zirkulare zur Kenntnis der Mitglieder. Mehrere Redner gaben ihr Mitfallen über eine derartige Umfassung, ja Dekretierung seitens des Liegnitzer Wahlausschusses zum Ausdruck. Es wurde u. a. ausgeführt: Wenn schon eine Verständigung betreffend die Kandidatenaufstellung erfolgen sollte, hätte es doch mindestens im Einvernehmen mit sämtlichen Bezirken im Gau Schließen erfolgen müssen. Die Zumutung, dem Görlitzer Kandidaten die Rolle eines Stellvertreters zuzuteilen, wurde ganz entschieden zurückgewiesen, da darüber einzig und allein sämtliche Mitglieder des Gaus zu entscheiden hätten. Seitens der Versammlung wurde unser langjähriger Bezirksvorsitzender Reichelt einstimmig als Kandidat aufgestellt. Selbiger hat durch seine 15jährige Mitarbeit in den verschiedenen Vorstandsämtern gezeigt, daß er durch eingehende Kenntnis aller den Verband betreffenden Fragen und Beobachtungseinstellung und dazu geeignet ist, als Delegierter uns auf der Generalversammlung sachgemäß und nach unserm Sinne zu vertreten. Die Versammlung nominierte auch noch unsern Gauvorsteher Fiedler als Kandidaten. Sodann schloß der Vorsitzende die anredend verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, zur nächsten Versammlung wiederum so zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Hilbesheim. Die am 23. Februar im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltene Bezirksversammlung war von Mitgliedern aus Alfeld (9), Bodenem (4), Burgdorf (3), Klasthal (1), Einbeck (7), Goslar (7), Hilbesheim (50), Lehrte (2) und Weine (3) besucht. Vom Gauvorstande war Kollege W. Rosenbruch entsandt. Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Hausmann erstattete der Kassierer Wehrens den Kassenerbericht; ihm wurde Entlastung erteilt. Hierauf hielt Herr Arbeitersekretär Weiß einen sehr interessanten Vortrag über: „Die soziale Gesetzgebung“. Die etwa einviertelstündigen Ausführungen des Redners fanden bei den Versammelten volles Verständnis, was auch der am Schluß des Vortrages gesprochene Beifall bewies. Aus dem Berichte des Bezirksvorsitzenden und der Vertrauensmänner ging hervor, daß die tariflichen Verhältnisse im Bezirke noch manches zu wünschen übrig lassen. In Alfeld ist es bis jetzt noch nicht gelungen, die Firmen D. Holborn, G. Holborn, Jensen und Behrens zur Tarifanerkennung zu veranlassen; die Döblersche Druckerei ist dort die einzige tariffreie. Die Verhältnisse in Einbeck sind tariflich. In Burgdorf ist wieder eine Verbesserung eingetreten, indem die dortigen Kollegen alle Mitglieder geworden sind. Der Mitgliederstand in Goslar hat sich infolge Konturfes der Gannalischen Druckerei etwas verringert; es herschen dort tarifliche Verhältnisse. Letzteres ist ebenfalls in Weine der Fall. Erfreulicherweise haben wir jetzt auch in Maus-

thal ein Mitglied; daselbst stehen außerdem noch sieben Gehilfen, welche hofentlich bald für uns gewonnen werden. In Wodenem sind zwar von elf Kollegen sieben Mitglieder, aber in tariflicher Beziehung könnte dort wohl manches besser sein. In Salzgitter sieht es noch sehr traurig aus, dort sind Abgone von 18 Mfr. für Verheiratete üblich. Mitglieder stehen dort selbstredend nicht. Zu bemerken ist noch, daß die eble Junft der Gutenbergebündler in unserm Bezirke bis auf vier Mann zu wenigem gesmolzen ist, davon veretieren je zwei in Einbeck und Ulfeld, letztere in untarifflicher Stellung. Bei Besprechung der Anträge zur Generalversammlung fand folgender Antrag Annahme: „Die Versammlung unterzieht folgende Vorschläge des Lokalbvereins Hannover: 1. Die Arbeitslosen- und Reiseunterstützung von 1,25 auf 1,50 Mfr. resp. von 1,50 auf 1,80 Mfr. zu erhöhen, aber eine Beitragserhöhung möglichst zu vermeiden; 2. das „Korr.“ Obligatorium einzuführen; die hiermit zusammenhängend von Hannover geforderte Abahl einer anderen Redaktion lehnt die Versammlung ab, wünscht aber, daß die Zwißigkeiten zwischen Redaktion und Partei möglichst unterbleiben.“ Ferner stellt die Bezirksversammlung noch folgende Anträge: 1. „Bei der Unterfützung an vorübergehend Arbeitsunfähige ist der Absatz 3 des § 1 zu streichen.“ 2. „Den zu einer militärischen Übung eingezogenen verheirateten Kollegen ist während dieser Zeit die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren.“ Außerdem fand zwecks Ubenbung an den Zentralvorstand noch der Antrag Annahme: „Bei der Generalversammlung sind die Sparten berechtigt, Abgeordnete als beratende und stimmberedigte Mitglieder zu entsenden.“ Als Delegierte zur Generalversammlung wurden seitens unsers Bezirkes nur die Kollegen Klapproth (Hannover) und Hausmann (Hildesheim) vorgeschlagen; weitere Vorschläge werden aus dem Grunde nicht gemacht, um den andern Mitgliedschaften nicht vorzugreifen. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes mit Ausnahme des Schriftführers, welcher eine Wiederwahl ablehnte. Als nächster Versammlungsort wurde wiederum Hildesheim bestimmt.

k. Kiel. Eine ebenso wichtige wie reichhaltige Tagesordnung hatte die Kollegen zu recht zahlreichem Besuch unsrer Monatsversammlung am 25. Februar veranlaßt. Goutag und Generalversammlung stehen nahe bevor, und darum bildeten die zu beiden Tagesungen eingegangenen Anträge die Hauptpunkte der Tagesordnung. Der Vorstand hatte als wichtigsten den Antrag auf Einteilung unsres Gaues in Bezirke gestellt und einen diesbezüglichen abgeschlossenen Plan vorgelegt. In der sachlich geführten, ausgiebigen Diskussion wurden die angeführten Gründe für diese Neuierung allseitig anerkannt und der Antrag beinahe einstimmig angenommen. Wenn die seherzeit im „Korr.“ gepflogene Aussprache über Agitation im Verbands- so wurde allgemein ausgeführt — nicht nutzlos verblissen solle, wäre es an der Zeit, praktische Vorschläge zu machen und zunächst betreffs der Einteilung unsres Gaues Reformen vorzunehmen. Dem Gauvorstande neben der ehrenamtlichen Erledigung der Geschäfte noch die Verpflchtung intensiver agitatorischer Tätigkeit aufzuerlegen, könne nicht angehen, einen Verwalter anzustellen, sei auf Jahre hinaus aus finanziellen Gründen nicht möglich, und doch müßte bezüglich gewerkschaftlicher Aufklärungsarbeit baldmöglichst Gründliches getan werden. Die Einteilung in Bezirke solle deshalb als das vorläufige Notwendige und Mögliche dem Goutage zum Beschluß empfohlen werden. Die Bezirksvorstände hätten dann unter Mitwirkung des Gauvorstandes in ihren Gebieten die entsprechende Tätigkeit zu entfalten. Zu den Bezirksklassen sollen monatlich pro Mitglied 10 Pf. bezahlt werden. Vom Termine der Durchführung dieses Beschlusses ab soll nach einem weiten Antrage der Mitgliedschaft Kiel der Beitrag zur Goutage um wöchentl. 5 Pf. reduziert werden, so daß keinesfalls eine Mehrbelastung der einzelnen Mitglieder eintrete. Ferner wurde der weitere Vorstandsantrag: „Als Orte für die Abhaltung der Goutage kommen abwechselnd die Bezirksvororte in Betracht“, gleichfalls angenommen, ebenso ein vierter Antrag, der eine Zusammenstellung über die Gewährung von Sommerferien im Gau fordert, die dem alljährlichen Bericht als Material für die einzelnen Mitgliedschaften anzufügen sei. Ein Antrag Baum, der es den Goutagebelegierten zur Pflicht machen will, in ihren Mitgliedschaften für Anschluß an die bestehenden Gewerkschaftskartelle zu wirken, wurde von der Versammlung ohne Debatte einstimmig angenommen. Zur Generalversammlung des Verbandes stellte unsre Mitgliedschaft den Antrag auf Verschmelzung der Arbeitslosenunterstützungen seitens der Zentralkasse und Gau. Allgemein stellten die verschiedenen Redner den heutigen Zustand als eine schreiende Ungerechtigkeit hin, es müsse in dieser Hinsicht der Kirchturnsropolit einzelner Gau ein Ende gemacht werden. Die bekannteren Anträge der Sparten zeitigten eine sehr interessante, lebhafteste Debatte, die mit der Annahme der Anträge als solche der Mitgliedschaft Kiel endete. Kollege Gösch warnte davor, die Spartenanträge durch unsre Unterschrift zu unterstützen; er könne zwingende Gründe für solches Verlangen nicht erkennen, es käme ein jeder im Rahmen des Ganzen auch unter der heutigen Art der Zusammenfassung der Vorstände zu seinen tariflichen wie organisatorischen Rechten, diese Anträge lägen nicht im Interesse der Verbandseinheitlichkeit. Kollege Tilsner (Vorkorrekter) und mehrere andere Redner betonten demgegenüber, daß den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen und gerade im Verbandsinteresse den Sparten Entgegenkommen gezeigt werden müsse. Der nun folgende Antrag des Kollegen Carstensen führte gleichfalls eine

lebhafteste Aussprache herbei. Die Versammlung machte den Antrag schließlich einstimmig zu dem ihrigen und beauftragte den Vorstand, im Versammlungsbericht im „Korr.“ die so geplante Wänderung des Verbandsstatutes wörtlich zum Ausdruck zu bringen, um dadurch auch andre Mitgliedschaften zu einer Stellungnahme zu veranlassen. Der Antrag lautet: „§ 2 neuer Absatz 4: Etablierung oder Teilhaberschaft im eignen Verufe ziehen den Verlust der Mitgliedschaft nach sich, und sind solche Mitglieder als ausgetreten, sofern Rechte vorhanden, als ausgeschlossen zu betrachten. Diesen Ausgetretenen werden, wenn sie innerhalb drei Jahren ihre Selbstständigkeit wieder aufgeben, nach Leistung von sechs weiteren Wochenbeiträgen die früher geleisteten Beiträge angerechnet. Auch hier finden die im vorhergehenden Absatz geltenden Bestimmungen Anwendung. Dieser Passus hat auf die bisherigen selbständigen Mitglieder insofern keine rückwirkende Kraft, als dieselben keiner Prinzipalsorganisation angehören. Tritt jedoch ein solches Mitglied im Laufe der Zeit einer Prinzipalsorganisation bei, so erlischt dadurch mit demselben Tage dessen Mitgliedschaft beim Verbands.“ Begründend wurden hierzu die Erfahrungen genannt, die man anlässlich der letzten Tarifrevision und insbesondere in den Kreisamtsitzungen bei Beratung der Lokalaufschläge gemacht habe. An vielen Orten seien es tatsächlich dem Verband angehörende Prinzipalgenossen, die eine in vielen Fällen recht notwendige, selbst kleinste Erhöhung der Lokalaufschläge zu hintertreiben versuchten, und zwar mit Erfolg. Auch waren Fälle zu verzeichnen, in denen von unsrer Seite gesammeltes Material in irgend einer Angelegenheit durch Indiskretionen solcher Prinzipalsverbandsmitglieder zum Schaden des Verbandes Augen oder Ohren zugänglich wurde, für welche es am allerwenigsten bestimmt war. Das mindeste, was man in dieser Hinsicht verlangen könne, sei, daß nach dem alten Sprichworte „Niemand kann zween Herren dienen“ die gleichzeitige Mitgliedschaft beim Verband und dem Deutschen Buchdruckerverein unmöglich gemacht werde. An dem Wortlaute des Antrages brauche man nicht festzuhalten, aber notwendigerweise müsse die Generalversammlung einmal zu dieser Frage Stellung nehmen. Für die Wahl von neun Delegierten zum Goutage stellte die Versammlung eine größere Zahl Kandidaten auf. Der Vorsitzende nahm am Schluß der Versammlung Veranlassung, bezüglich Besuch der Versammlung und objektiver Behandlung der einzelnen Punkte der Genugung des Vorstandes Ausdruck zu geben und für die Zukunft um — wenn möglich — noch größeres Versammlungsinteresse zu bitten.

Vo. Köslin. Die erste diesjährige Bezirksversammlung des Bezirkes Köslin fand am 23. Februar in Stolp statt, nachdem ihr am Sonntag vorher in Köslin eine Vertrauensmännerversammlung vorausgegangen war. Die Kollegen waren durch die Vertreibung der Spartenzahlungsstellen: Auch hatten die Buchbinder- und der Stahl- und Druckerverband einige Delegierte dazu entsendet. Der Vorstandsbericht gab Kollege Toboldt. Derselbe verarbeitete sich über die bisherige Agitation, speziell am Wortort Köslin. Etwas Positives sei hier augenblicklich nicht zu erreichen gewesen. Auf einer Agitationsreise nach Stolp seien auch die Gutenbergebündler zu einer Aussprache eingeladen worden. Es erschienen jedoch keine Gutenbergebündler, sondern statt derselben — ein Polzitz. Nach einiger Aufklärung zog letzterer wieder freiwillig von bannen. In Lauenburg wurden acht neue Mitglieder gewonnen; doch schwebten drei gleich wieder ab, als sie für tarifliche Verhältnisse eintreten sollten. Zum Schluß blieben nur noch drei. Tapfer hielten sie zur Fahne des Verbandes, leider mit dem Resultate, daß sie den Staub Lauenburgs von den Füßen schütteln mußten. Hierauf folgte der Kassenbericht. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Der Bericht der Vertrauensmänner lautete wenig erfreulich. In Kolberg sind die Verhältnisse tariflich. In Stolp ist die Mitgliederzahl zurückgegangen. U. a. wurde die Druckerei Feige einer Kritik unterzogen. Trotzdem Herr Feige den Tarif schriftlich anerkannt hat, geniert er sich nicht, zumal sein Personal auch noch komplett ist, im „Ostdeutschen Anzeiger“ vier tüchtige Schriftsetzer „N. B.“ zu tariflichen Bedingungen zu suchen. Nach Anhörung des Gauvorstandes wurde dem Hauptvorstande dieser Fall mitgeteilt. Die Antwort des Hauptvorstandes traf noch zur rechten Zeit während der Verhandlung in Stolp ein, und hat sich das Tarifamt inzwischen mit Herrn Feige in Verbindung gesetzt. Über den Ausgang der Sache konnte noch nichts bekanntgegeben werden. Von Lauenburg ist, wie schon ausgeführt, auch nichts besonders Gutes zu berichten. Aus Rummelsburg, Schivelbein und Polzin war niemand anwesend. In Rügenwalde stehen nur Verbandsmitglieder. Sogar Ferien gibt es dort! Anträge hatten Köslin und Rügenwalde eingebracht. Antrag Köslin lautete: „Einführung einer Agitationskommission“. Es wurde das Bedürfnis hierzu anerkannt und nach einigem Für und Wider der Antrag einstimmig angenommen. Rügenwalde brachte zwei Anträge ein, welche eine Wänderung des Bezirksstatutes bezweckten. Auch diese wurden nach einer Begründung und Aussprache einstimmig angenommen. Als Delegierte zum Goutage wurden die Kollegen Toboldt (Köslin), Carlslaff (Rügenwalde), Stahnke (Kolberg) und Müller (Stolp) vorgeschlagen. Die Vertrauensmännerversammlung brachte ebenfalls zwei Anträge zum Goutage ein; beide fanden die Zustimmung der Versammlung. Unter „Verständenes“ kam ein Unglücksfall eines Kollegen im Bezirke zur Sprache. Der Kassierer Praufe regte an, daß die Kollegen sich in den in Betracht kommenden Fällen (Anmelden, Abmelden) doch rechtzeitig an ihn wenden möchten; im andern Falle hätten die Kollegen

sich selbst die Folgen zuzuschreiben. Verschiedene Mißstände wurden zur Sprache gebracht. In den Fällen, wo es sich gleichzeitig um ihre Interessen handelte, beteiligten sich auch die Buchbinder und Steindrucker an der Debatte. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Kolberg gewählt. Die Fahrtenfähigkeitskarte kam voll zur Auszahlung. Kollege Toboldt rühmte zum Schluß den ruhigen Verlauf der Versammlung und wurde dieselbe mit einem Hoch auf den Bezirk geschlossen. Ein Begrüßungstelegramm war von den Kollegen Schmieger und Götz aus Stettin eingelaufen. Darauf fand das gemeinsame Mittagessen statt. Danach blieben die Kollegen noch gemütlich beisammen.

Leipzig. (Maschinenmeister.) Zur Durchberatung der zur Generalversammlung des Verbandes zu stellenden Anträge fand am 23. Februar eine Versammlung der Leipziger Drucker und Maschinenmeister statt. Eingangs derselben präzipitierte der Vorsitzende die Gründe, welche die Kommission bezogen, diese Versammlung einzuberufen, trotzdem in dieser Sache schon eine Vertrauensmännerversammlung Stellung genommen hatte. Hiernach brachte er die in der Leipziger Spartenkommission ausgearbeiteten Anträge zu Gehör, sie den Kollegen zur Annahme empfehlend. In der Diskussion sprachen sich die meisten Kollegen für die hier gestellten Anträge aus. Es gelangten die folgenden Anträge einstimmig zur Annahme: „Die Zahl der Mitglieder im Zentralvorstand ist zu erhöhen, und zwar derart, daß sämtliche Branchen in demselben ihre Vertretung haben. Den Gauvorständen sind tüchtigste Vertreter der verschiedenen Branchen in gleicher Weise anzugliedern wie dem Verbandsvorstande. Die Zusammenfassung der Vorstände der Bezirke und Mitgliedschaften soll eine derartige sein, daß möglichst alle Branchen darin vertreten sind.“ Außerdem wurde beschlossen, folgenden Antrag zur Einbringung zu empfehlen. Im § 24 Absatz 2 ist folgender Satz einzufügen: „Außerdem haben die Zentralkommissionen der Sparten das Recht, je einen Vertreter zur Generalversammlung zu entsenden.“ Hierauf erfolgte der sehr rege verlaufene Versammlung.

Limburg (Bahn). (Maschinenmeisterklub.) Am 23. Februar hatten sich die Druckerkollegen von Limburg zusammengefunden zum Zwecke der Gründung eines Maschinenmeisterklubs. Kollege K. Seitz (Limburg) hielt einen kleinen Vortrag über den Fortschritt in der ganzen Druckindustrie und den Zweck der Maschinenmeistervereine, wodurch den Kollegen die Notwendigkeit der Gründung eines solchen Klubs vor Augen geführt wurde. Die Gründung wurde beschlossen unter Anwesenheit von sieben Kollegen der Drucker und zwei Kollegen vom Vorstande des Ortsvereins. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Seitz, zum Kassierer Kollege Schmies gewählt. Den Beitritt erklärten sämtliche Kollegen Limburgs bis auf einen.

Magdeburg. Die Februarversammlung des Ortsvereins wies trotz der Wichtigkeit der Tagesordnung einen keineswegs betriebligen Besuch auf. Zunächst fand eine Aussprache über die Einführung von Marken oder Stempel statt, um den Mitgliedern über gezahlte Beiträge wöchentl. Quittung leisten zu können, hierbei die Einrichtung größerer Städte wie Berlin und Hamburg usw. streifend. Die Versammlung konnte sich jedoch damit nicht befassen, nahm vielmehr einen Vorstandsantrag an, nach welchem die Druckereifassierer verpflichtet sind, wöchentl. mit dem Ortskassierer abzurechnen, wofür sie dann von diesem eine Quittung bekommen, welche gleichzeitig die Namen der Restanten enthält; diese Quittung ist den Druckereifassierern vorzulegen. Um den Druckereifassierern für ihre Mithaltung eine kleine Entschädigung zu gewähren, bewilligte die Versammlung für dieselben 1/2 Proz. der Einnahme. Übergend zur Beratung über Anträge zur Generalversammlung wurde es von mehreren Seiten für notwendig erachtet, sämtliche Unterstützungsweize zu erhöhen, hätten doch unter der Preissteigerung aller Verbrauchsgegenstände unsre Arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen neben den in Arbeit stehenden ebenfalls zu leiden. Demgemäß wurde beschlossen, eine Erhöhung der Unterstützungsätze für Arbeitslose an Orte und auf der Reise von 30 Pf. pro Tag zu beantragen; die Erhöhung der Unterstützungen für unsre Kranken und Invaliden soll in einer Resolution der Generalversammlung empfohlen werden. Um diese Anträge verwirklichen zu können, wurde eine Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf. pro Woche für notwendig erachtet. Die Entschädigung für die Mithaltung an die Gau soll von 3 auf 5 Proz. erhöht werden (§ 33 Absatz 2); hiermit komme man den größeren Ortsvereinen entgegen, denen es schwer falle, die Verwaltungsgeschäfte ehrenamtlich weiter zu führen und gezwungen seien, Beamte anzustellen. Ferner rebete die Versammlung allgemein der Obligatorisierung des „Korr.“ das Wort, und fand ein diesbezüglicher Antrag Annahme. Statt wie bisher auf 400 Mitglieder, hält man in Zukunft erst auf 500 Mitglieder einen Delegierten zur Generalversammlung für notwendig (§ 24 Absatz 2); könnten doch dadurch die Kosten zu derselben erheblich herabgemindert werden, da beispielsweise zur diesjährigen Tagung allein eine Differenz von etwa 30 Delegierten in Frage käme. Weitere Anträge, die Generalversammlung aus Erparnisrückichten immer in Mitteldeutschland abzuhalten, ferner den freiwillig ausstehenden Mitgliedern den Beitrag zu erlassen, fanden nicht die Zustimmung der Versammlung. Dem Antrage, der schnelleren und einfacheren Verständigung mit dem Zentralvorstande halber den „Korr.“ künftig in Berlin erscheinen zu lassen, wurde entgegengesehen, man solle dies den in Betracht kommenden Körperchaften selbst überlassen; indes fand

der Antrag Annahme. Eine lebhafteste Ausprägung entwickelte sich über einen Antrag, daß die Generalversammlung auf die Leitung des „Korr.“ dahin wirken möge, damit sich bei aller Respektierung der Neutralität das Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei bessere. Da der Antragsteller zur Begründung die laufende Artikelserie des Kollegen Mehlführer heranzog, wurde ihm bedeutet, daß es doch unmöglich sei, etwas noch im Werden Begriffenes schon kritisieren zu wollen, man solle doch wenigstens erst den Schluß der Serie abwarten. Bei strenger Neutralität dürfte man dann den Gutenbergsbund ebenfalls nicht mehr angreifen, denn er sei ja „christlich“; im andern Falle müsse man die sozialdemokratische Partei kritisieren können, wie der „Korr.“ ja auch andre Parteien mit seiner Kritik nicht verschone. Bei dieser Debatte wurde der Wunsch laut, Kollegen Mehlführer nach Beendigung seiner Artikelreihe als Referent zu dieser Sache zu gewinnen. Der Antrag selbst wurde abgelehnt. Eine weiter der Generalversammlung zu unterbreitende Resolution geht dahin, daß die Steigerung der Grundpositionen des Tarifes bei allen künftigen Revisionen derart bemessen werden soll, daß sie allen tarifstrigen Gehilfen in gleicher Höhe zugute kommt. Ein nach der Begründung des Antragstellers der Änderung des § 4 des Organisationsvertrages entsprungener Antrag, welcher ebenfalls Annahme fand, besagt, daß bei Änderung wichtiger tariflicher Bestimmungen durch die dazu berufenen Organe für ein Mitberaten der Mitgliedschaften nach Möglichkeit Gewähr geleistet wird. Die Spartenfrage fand dadurch ihre Erledigung, daß erstens angenommen wurde, die Zahl der Beisitzer im Verbandsvorstande zu erhöhen und zweitens die Erhöhung derart vorzunehmen, daß alle Branchen in derselben ihre Vertretung finden. Nach Besprechung örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung dann geschlossen.

v. Bezirk Münster i. W. Unre erste diesjährige Bezirksversammlung, die am 23. Februar in Kössfeld stattfand, erfreute sich eines lebhaften Besuches. Erschienen waren 80 Kollegen (von Kössfeld 7, Gronau 2, Lengerich 2, Wandorf 3, Selge 1, Umsdeten 1, Dülmen 10, Bocholt 2, Elde 2 und Münster 50). Nach Erstattung desassenberichts pro 4. Quartal 1907 wurde vom Vorsitzenden Kosmeier der Jahresbericht gegeben, dem folgendes entnommen sei: Die Einführung des neuen Tarifes ging im hiesigen Bezirke ziemlich glatt vonstatten. Die Zahl unserer Mitglieder stieg von 177 auf 219. Tarifreue Firmen sind im hiesigen Bezirke 35 mit etwa 315 Gehilfen, nichttarifreue Firmen 7 mit etwa 15 Gehilfen. In betreff der Kompensierung der katholischen (nicht geistlichen) Feiertage sei erwähnt, daß die meisten Firmen im hiesigen Bezirk entweder nur eine teilweise Kompensierung mit ihrem Personale vereinbarten, oder ganz oder einen solchen Abstand nahmen, wodurch die Westfälische Vereinsdruckerei in Münster, wo bis 3. Jahr nur Nichtmitglieder kandidierten, ihren Personal eine vollständige Einlösung der genannten Feiertage vereinbarte. Da aber auch hier die Kollegen mittlerweile den Wert der Organisation erkannt und dem Verbandsbeiträt, dürfen wir wohl erwarten, daß die dortigen Kollegen in Zukunft mehr auf die Vertretung ihrer Interessen bedacht sein werden. Bezirksversammlungen fanden zwei in Münster und je eine in Elde und Lengerich statt. Der durchschnittliche Besuch derselben betrug 98, das sind etwa 50 Proz. der Mitglieder. Das am 29. Juni in Münster veranstaltete Bezirksjohannisfest war — wohl infolge des schlechten Wetters — von auswärtigen Mitgliedern schwach besucht, verlief jedoch in schönster Weise. Wie das Gesamtbild zeigt, sind wir auch im vergangenen Jahre sowohl auf tariflicher wie organisatorischem Gebiete wieder ein gut Stück weitergekommen. Im Anschluß hieran erstattete Kollege Weisler (Münster) den Bericht über die Tätigkeit des Tarifschiedsgerichtes und Arbeitsnachweises während des verfloffenen Jahres, wobei die Kollegen vorkommenfalls auf die Verpfändung der Benutzung dieser tariflichen Institutionen hingewiesen wurden. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes per Akklamation. Der Generalversammlung sollen von unre Seite 12 Anträge folgenden Inhaltes unterbreitet werden: 1. Von den bekannten Anträgen der Zentralkommissionen der Sparten Punkt 1, 2 und 6; 2. bei „c) Umzugskosten“ die Worte „Freiwillig Umziehende und solche“ zu streichen; 3. die Gauzuschüsse aufzugeben und den Beitrag für die Verbandskasse sowie deren Leistungen entsprechend zu erhöhen; 4. vor Inkrafttreten neuer Tarifvereinbarungen eine Generalversammlung abzuhalten. Sieben Kollegen wurden hierauf als Kandidaten für den Gau aufgestellt. Als Kandidat für die Generalversammlung wurde einstimmig Kollege Kosmeier aufgestellt. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten von weniger allgemeinem Interesse schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf unsere Organisation. — Aus der Generalversammlung des Ortsvereins Münster sei folgendes mitgeteilt: Der Vorsitzende stellte in seinem Jahresberichte u. a. fest, daß das Vereinsleben ein ziemlich reges war. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 87 Kollegen besucht, gleich 55 Proz. sämtlicher Mitglieder. Die Debatten in den Versammlungen waren ruhig und sachlich. In vier Versammlungen wurden zeitgemäße Vorträge gehalten. An Festlichkeiten fanden statt: Stiftungsfest, 25 jähriges Verbandsjubiläum des Kollegen Wiegand, Refekundenabschiedsfeier und Johannisfest. Die Benutzung der Bibliothek hat sich gegen das Vorjahr gebessert. Verliehen wurden 290 Bücher (74 mehr wie im Vorjahr). Der alte Vorstand wurde mit Ausnahme des ersten Beisitzers, der eine Wiederwahl ablehnte, fast einstimmig wiedergewählt.

v. Bezirk Neuruppin. Am 23. Februar fand in Wittenberge im Restaurant „Landhaus“ unsere Bezirksversammlung statt. Dieselbe war von 51 Kollegen besucht. Die in Aussicht genommene öffentliche Buchdrucker- und Buchbinderverammlung mit dem Referate: „Der Organisationsvertrag und seine Begleiterscheinungen“, zu welcher Kollege Eißler (Berlin) als Referent gewonnen war, wurde nicht abgehalten, da die hiesigen Gutenbergsbündler und Nichtorganisierten durch Abwesenheit glänzten, trotzdem sie vorher ihr Erscheinen zugesagt hatten. Der Vortrag des Kollegen Eißler wurde deshalb als letzter Punkt der Tagesordnung zurückgestellt. Der Vorsitzende Reinhardt eröffnete die Versammlung und hieß die anwesenden Mitglieder willkommen, im besonders begrüßte er unsern Hauptgeschäftsführer, Kollegen Eißler, betonend, daß es auch unserm Bezirke wieder vergönnt sei, ein Mitglied des Hauptvorstandes unter uns weilen zu sehen. Auch tadelte der Vorsitzende, daß sich die Kollegen nicht zahlreicher eingefunden hätten, zumal gerade in unserm schwarzen Bezirke noch sehr viel Arbeit zu leisten wäre. Der Rechenschaftsbericht wurde ohne Beanstandung genehmigt. Bei dem Punkt: „Anträge zur Generalversammlung“, gab der Vorsitzende Erläuterungen über die eventuelle Teilung des Obergaues. Kollege Eißler bat, von einer Debatte abzusehen und die Erörterung über die Teilung der Generalversammlung zu überlassen und führte aus, daß das Bestreben der Provinzkollegen dahin gehe, dem Berliner Tarifreue angegeschlossen zu werden; dies würde aber wohl ein frommer Wunsch bleiben. Die Anträge zur Generalversammlung, welche aus der Mitte der Versammlung gestellt wurden, gelangten zur Annahme. Als Kandidaten zur Gauversammlung wurden sieben Kollegen vorgeschlagen. Der Vorschlag, unsern Bezirksvorsitzenden Reinhardt als Kandidaten zur Generalversammlung aufzustellen, wurde einstimmig gutgeheißen. Aus den Berichten der Vertrauensleute war zu entnehmen, daß auf tariflichem Gebiete noch viel getan werden muß, speziell in den Orten Wittstock und Prignitz. Des fernern kam die Kündigung unserer Mitglieder bei der Firma Grunick in Perleberg wegen Nichtanerkennung des Tarifes zur Sprache, und wurde es sehr scharf verurteilt, daß sich, trotzdem unsere Kollegen dort aufgeführt haben, während die Gutenbergsbündler stehen blieben, zwei Kollegen finden konnten, um die freigemordenen Stellen zu besetzen. Die betreffenden Kollegen reichten aber am nächsten Samstag ihre Kündigung ein, worauf der Chef die sofortige Anerkennung des Tarifes zusicherte. Kollege Eißler forderte die Mitglieder auf, sich in Zukunft vorher immer erst zu erkundigen, dann könne so etwas nicht vorkommen, sonst müßten sie die Konsequenzen tragen; es würde in solchen Fällen in Zukunft schärfer vorgefahren werden. Der anschließende Mitgliederbericht wurde in voller Sachgemäßheit genehmigt und als nächster Versammlungspunkt in die Tagesordnung aufgenommen. Der Bericht über die Tätigkeit des Tarifschiedsgerichtes und Arbeitsnachweises während des verfloffenen Jahres, wobei die Kollegen vorkommenfalls auf die Verpfändung der Benutzung dieser tariflichen Institutionen hingewiesen wurden. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes per Akklamation. Der Generalversammlung sollen von unre Seite 12 Anträge folgenden Inhaltes unterbreitet werden: 1. Von den bekannten Anträgen der Zentralkommissionen der Sparten Punkt 1, 2 und 6; 2. bei „c) Umzugskosten“ die Worte „Freiwillig Umziehende und solche“ zu streichen; 3. die Gauzuschüsse aufzugeben und den Beitrag für die Verbandskasse sowie deren Leistungen entsprechend zu erhöhen; 4. vor Inkrafttreten neuer Tarifvereinbarungen eine Generalversammlung abzuhalten. Sieben Kollegen wurden hierauf als Kandidaten für den Gau aufgestellt. Als Kandidat für die Generalversammlung wurde einstimmig Kollege Kosmeier aufgestellt. Nach Erledigung einiger Angelegenheiten von weniger allgemeinem Interesse schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf unsere Organisation. — Aus der Generalversammlung des Ortsvereins Münster sei folgendes mitgeteilt: Der Vorsitzende stellte in seinem Jahresberichte u. a. fest, daß das Vereinsleben ein ziemlich reges war. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 87 Kollegen besucht, gleich 55 Proz. sämtlicher Mitglieder. Die Debatten in den Versammlungen waren ruhig und sachlich. In vier Versammlungen wurden zeitgemäße Vorträge gehalten. An Festlichkeiten fanden statt: Stiftungsfest, 25 jähriges Verbandsjubiläum des Kollegen Wiegand, Refekundenabschiedsfeier und Johannisfest. Die Benutzung der Bibliothek hat sich gegen das Vorjahr gebessert. Verliehen wurden 290 Bücher (74 mehr wie im Vorjahr). Der alte Vorstand wurde mit Ausnahme des ersten Beisitzers, der eine Wiederwahl ablehnte, fast einstimmig wiedergewählt.

Osnabrück. Die erste diesjährige Bezirksversammlung, die am 23. Februar in Osnabrück tagte, hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Die auswärtigen Kollegen waren fast vollständig erschienen, nur hätten die Kollegen des Vorortes sich in noch größerer Zahl einfunden können. Nach Begrüßung des Vorsitzenden erstattete derselbe den Jahresbericht, dem folgendes entnommen sei: Das abgelaufene Berichtsjahr kann ein ruhiges genannt werden. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des vierten Quartals 1907 129, es ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 7 zu verzeichnen. Nichtmitglieder sind noch 39 vorhanden, darunter ein Gutenbergsbündler. Auf tariflichem Gebiete ist u. a. erwähnenswert, daß die Firma Gebr. Bernen in Meppen der Tarifgemeinschaft angegeschlossen ist. Sämtliche Maschinenfabrik sind außer einem Mitglieder des Verbandes. Nach der hierauf folgenden Abrechnung der Haupt- und Bezirkskassen erteilte der Vorsitzende dem Kollegen K. Rosenbruch (Hannover) das Wort zu dem zeitgemäßen Vortrage: „Die Wehren aus der Gewerkschaftsbewegung.“ In einhalsstündigem Vortrage führte der Redner den Anwesenden den Werdegang der Gewerkschaftsbewegung vor Augen. Auf den Vortrag selbst kann wegen des schäßbaren Raumes des „Korr.“ nicht näher eingegangen werden, deshalb begnügen wir uns mit der Bemerkung, daß nach der Ansicht des Referenten keine politische Partei die gewerkschaftliche Bewegung weder meißern noch besondern solle, letztere müsse in jeder Beziehung neutral bleiben. Aus dem Beifalle, den die Anwesenden dem Kollegen Rosenbruch spendeten, ging klar hervor, daß der Referent mit seinen Ausführungen

das Richtige getroffen, und wurde demselben seitens der Versammlung der Dank durch Erheben von den Sänen ausgesprochen. Dem nun folgenden Punkt: „Anträge zur Generalversammlung“, lag ein Antrag des Ortsvereins Nelle vor, dahinlautend: „Generalversammlung wolle beschließen, eine Witwen- und Waisenkasse ins Leben zu rufen.“ Nach längerer Debatte wurde derselbe abgelehnt. Ein hierauf vom Kollegen Weigel gestellter Vermittlungsantrag: „Der Verband soll sich mit geeigneten Versicherungsgesellschaften in Verbindung setzen, um für seine Mitglieder zum Zwecke der Witwen- und Waisenunterstützung ermäßigte Prämien zu erzielen“, wurde angenommen. Da die Versammlung etwa fünf Stunden gebauert hatte und eine ziemliche Leere sich einstellte, konnten die letzten Punkte nicht mehr erledigt werden, und wurde nach Nominierung der Delegierten zum Gau die Versammlung geschlossen.

Waldenburg (Schl.). Die am 22. Februar abgehaltene Monatsversammlung des Ortsvereins Waldenburg, welche sich mit den Anträgen zur Generalversammlung beschäftigte, zeitigte mitunter äußerst lebhaft Debatten, insbesondere aber vier folgender Antrag eine wahre Redeschlacht hervor: „Die Generalversammlung wolle beschließen, daß in Zukunft die Entscheidung über einschneidende Änderungen im beruflichen Arbeitsverhältnisse (Tarifabschlüsse usw.) durch Urabstimmung in die Hände der Mitglieder gelegt wird.“ In der Begründung dieses Antrages betrieb sich der Antragsteller auf die verschiedenen Vorwürfe, welche unsern Führern beim letzten Laßabschlusse gemacht wurden, machte dieselben somit auch zu dem seinigen und sah sich jedes Mitbestimmungsrechtes in unsern beruflichen Fragen beraubt; bestimme aber erklarte er in der Sozialdemokratie die einzig richtige Partei, welche unsern Interessen am meisten gebietet, und erklärte auch die sozialdemokratische Presse als das Sprachrohr eines großen Teiles unserer Kollegen. Es wäre nun gerade die höchste Zeit, Front gegen eine derartige Bevormundung der Mitglieder zu machen und sich nicht wie die Wählschafe behandeln zu lassen. Ihm wurde von seiten des Vorsitzenden in gebührender Weise entgegengetreten und betont, daß unsere Führer nur nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hätten, und wenn nicht alles das erreicht wurde, was beantragt, so müsse man eben den Umstand in Betracht ziehen, daß die Führer auch unbedingt damit rechnen mußten, ob wir auch die gestellten Forderungen in der Provinz durchzubringen imstande seien, aber freilich, es ist ja leichter zu zerstören, als aufzubauen. Betreffend Änderung des Organisationsvertrages erklärte der Antragsteller, daß hier die Kollegen vollständig in einem falschen Glauben belassen worden sind, und daß man sich von demselben ein ganz andres Resultat versprochen hätte, als das, was nunmehr vor uns liegt, ein Urabstimmungsrecht. Der Vorsitzende erwiderte hierauf dem Antragsteller, es könne nicht der Wille der Mitglieder sein, „Anträge“ und auch nicht der Wille der Mitglieder sein, andere Kollegen ihres Koalitionsrechtes zu berauben, und es könne auch nicht die Absicht gewesen sein, unsern Verband fernstehenden Kollegen, die ebenfalls zu tariflichen Bedingungen arbeiten, jegliche Gelegenheit auf Arbeit zu nehmen, und aus diesem Grund — aber auch andre Faktoren spielten hier noch mit — war es auch eine unbedingte Notwendigkeit, dem § 4 des Organisationsvertrages die jegige Fassung zu geben, und trotzdem bleibe der Vertrag immer noch derselbe, der er war. Nachdem noch verschiedene Redner für und gegen den Antrag gesprochen, gelangte derselbe in folgender Änderung zur einstimmigen Annahme: „Die Generalversammlung wolle beschließen, daß in Zukunft die Entscheidung über einschneidende Änderungen im beruflichen Arbeitsverhältnisse (Tarifabschlüsse usw.) nicht über die Köpfe der Mitglieder hinweg geschleift, sondern es sollen vor einem bindenden Vertragsabschlusse an allen Orten Versammlungen einberufen werden, welche darüber zu beschließen haben, denselben entweder anzunehmen oder den Entscheid durch Urabstimmung in die Hände der Mitglieder zurückzugeben.“ Der Verfasser dieses Berichtes ist der Ansicht, daß bei dem Antragsteller in erster Linie der Parteimeinung, dann aber erst der Gewerkschaftler zum Vorschein kam. War also bei diesem Antrage die Meinung eine sehr geteilte, so konnte man bei dem zweiten Antrag eine seltene Einmütigkeit wahrnehmen, und alle Redner waren von der Notwendigkeit dieses Antrages überzeugt. Derselbe lautet: „Um eine intensiver Agitation in den zu den Gauen gehörigen Bezirken entfalten zu können, sind die Gauvorsteher zu bestellen, die Kosten trägt die Zentralkasse.“ Eine große Debatte hierüber erübrigte sich denn auch, und wurde derselbe ohne weiteres einstimmig angenommen. Der Antrag: „Die Gauzuschüsse sind aufzugeben resp. mit der Verbandskasse zu verschmelzen“, wurde ebenfalls gegen eine Stimme angenommen. Durch verschiedene umständliche Tarifregelungen im Bezirke sah man sich veranlaßt, folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen: „Den Gau- und Bezirksvorständen ist bei eintretenden tariflichen Konflikten vor Selbstständigkeit zu gewähren und besonders den Gauvorständen das Recht einzuräumen, die Sperrung von Druckereien verfügen zu können.“ Der Antrag fand ebenfalls einstimmige Annahme. Die andern Anträge betrafen das Unterstützungswesen (S. Artikel Nr. 23 des „Korr.“) und wurden ebenfalls von der Versammlung als eine dringende Notwendigkeit anerkannt. Der nächste Punkt behandelte die Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung. Hier konnte man das von den Rheiniger Kollegen an die Bezirksvorstände gefandene Rundschreiben nur gutheißen, und man war vollkommen der Ansicht, daß diesmal die Provinz einigermaßen zusammenstehen müsse, wenn wir nicht daselbst Schaupiel erleben wollen wie an der letzten

Generalversammlung, wo auf Breslau drei und auf die Provinz ein Delegierter entfiel. Einstimmig wurde hierauf der Vorsitzende Hoffmann als Kandidat zur Generalversammlung nominiert, und ebenfalls erklärte man sich dazu bereit, die Kandidaten von Liegnitz und Meisse zu unterstützen, selbstverständlich mit entsprechender Gegenleistung. Die Ausstellung unsers verehrten Gewerbetreibers Fiedler wurde als etwas Selbstverständliches betrachtet, zumal er ja am besten mit den Verhältnissen in der Provinz vertraut ist und sich mit wahrer Aufopferung auch derselben widmet. Das 40. Stiftungsfest feiert der Ortsverein Waldenburg am 18. und 19. Juli (dem Grünungstage). Gleichzeitig mit diesem Feste werden wir auch das 25-jährige Verbandsjubiläum unsers lieben Kollegen, des Maschinenmeisters Kühnel begehen. Nachdem noch der Kassenbericht vorgetragen und dem Kassierer für die gewissenhafte Kassenführung der Dank abgestattet worden, erfolgte nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten der sehr anregend verlaufenen Versammlung.

Rundschau.

Die Klame der Sezmashinenfabriken hat schon öfters zur Kritik herausgefordert. Wenn auch die Meinung, das mit den Zeugnissen über die Leistungsfähigkeit der Maschinen betriebene Tamtam vermöge nicht zu täuschen, weil für jeden Denkenden zu durchsichtig, weit verbreitet ist, so lehnen doch Vorkommnisse aus der täglichen Praxis, das dieser Optimismus nicht immer angebracht ist. Zum Beispiel hat eine ganzseitige Annonce der Typographfabrik in den letzten Wochen für manchen strebsamen Faktor und Geschäftsführer herhalten müssen, ihren Maschinenbesitz zu demonstrieren, daß sie eigentlich noch rechte Stämper sind. In besagtem Inserate, das wir in der „Zeitschrift“, in der „Buchdruckerwoche“ und im „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ fanden, wird nämlich von sechs Firmen, meist untergeordneter Bedeutung, die Leistungsfähigkeit des Typograph über den Schellenhaus gelobt. Unser ganz besonderes Interesse erregte jedoch das von einem „Chefredakteur“ G. Wegner in Mariendorf erstattete Zeugnis. Oft ganz erstaunt ist dessen Aussteller über die von dem Typograph in seinem Weltbetriebe produzierte Saemenge. Obendrein arbeitet an derselben ein junger Sezer, zwar erst 17 Jahr, aber doch ein Lastenheld wunderbar, der — nach dem Zeugnis Wegners — 5400 Buchstaben stündlich nur so zusammenbaut. Donnerwetter, wird mancher der vorausgehend gedachten Faktoren ausgerufen haben, das wäre ein Geschäft: 1200 Buchstaben über die Mindestleistung am Typograph, bei so großer Jugend sicherlich auch ein williges Männchen, dem man gar noch das Minimum für im ersten Jahre nach der Lehre Befindliche, mit dem Berliner Solatanzahlge als 27 Mk. bezahlen könnte — das ist unerschöpflich! Über diese „Tat“, die Rechnung hat einen großen Fehler, nämlich die absolute Unzuverlässigkeit des Wegnerschen Zeugnisses. Im Nr. 22 haben wir an dieser Stelle ein Bild von dem Blatt entworfen, für das Herr G. Wegner „Chefredakteur“, Besitzer und Drucker ist. Das hinterwäldlerische Blättchen braucht als Prüfungszeugnis die Konturrenzen mit der „Mariendorfer Zeitung“ wachlich nicht zu fürchten. Was in der Nr. 22 harrischer Drucker von Wegner in Mariendorf bei Berlin aneinanderbereitet wird, pöttelt so ziemlich aller Beschreibung und legt die Vermutung nahe, daß nicht Buchdrucker — weder Geheilen noch Beilrige —, sondern irgendwie mit Gutenbergs Kunst in verhängnisvolle Verührung geratene Söhne der Slowakei dieses Weltblatt in der Berliner Pflege fabrizieren. Einen Inbalkpunkt geben dafür schon die in Nr. 22 über die „Mariendorfer Zeitung“ gemachten Ausführungen. Mitfin ist das Bruntzen mit einer Stundenleistung von 5400 Buchstaben einfach lächerlich, und die Typographfabrik hat mit der Veröffentlichung eines solchen Zeugnisses nur einen (verdienst) Reinfall erlebt. Denn diese Sorte Maschinenfabrik ist in jeder wirklichen Druckerlei einfach unbrauchbar, von wegen aber der Leistungsziiffer — na, wer kann denn für einen „gelegentlichen“ Schreibfessler! Mögen deshalb alle Sezmashinenfabriken künftig Zeugnisse von solchen Firmen lieber sonst wohin mandern lassen, überhaupt der Fackwelt etwas weniger Leichtgläubigkeit vertrauen. Auf Leistungsproben à la Wegner so gern anbeisende Prinzipale, Geschäftsführer und Faktoren können aber auch eine sehr kräftige Ausanwendung aus diesem spaßigen Falle ziehen.

Wie der Herr, so's Gescherr! Ein junges Sezerlein findet in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ ein Gehilfengesuch aus Pflau. Allsogleich setzt er sich hin und bietet auf einer Postkarte mit einer Krähenhandschrift seine hervorragenden Dienste wörtlich folgendermaßen an: „Bezugsnehmend auf Ihre v. Offerte in der Königsberger Allgemeine Zeitung teile ich Ihnen ergebenst mit, das ich möchte bereit sein, die Stelle bei Ihnen, als Schriftfessler entgegenzunehmen. Gehaltsansprüche mache ich keine, es steht Ihnen vollständig frei mir nach Leistungen einen angenehmen Gehalt festzusetzen und bitte um umgehende Rückäußerung, ob ich bestimmt Ihre Stelle entgegennehmen kann. Der Eintritt kann frühestens nach 14 Tagen erfolgen.“ Das von dem Rekrutanten mit eingehende Bezeugnis entlastet den jungen Menschen freilich etwas von den Vorwürfen, die man ihm ob dieser famosen Bewerbung machen müßte. Sein Lehrprinzipal — aus einem Orte bei Liffit — stellte ihm nämlich über seine vielseitigen Fähigkeiten nachstehendes Zeugnis aus, ebenfalls wörtlich wiederzugeben: „Der Schriftfessler ist bei mir am 11. Dezember 1903 als Beilring in meine Buchdruckerlei eingetreten, nach ablauf der Lehrzeit, von 11. Dezember 1906, war selbige als Gehilfe bis jetzt in Dienst. Letztere Jahre wurde p auch zur Maschinen und Motorbedienung zur Veranlassung angebetit, so das bei bedarf auch solches Anvertraut werden kann.“ Eine solche Gleichwertigkeit zwischen Prinzipal und Gehilfe gehört gewiß zu den Ausnahmen, aber ihr Vorkommen macht doch einem die Haare sträuben. Zugleich ist das aber eine kräftige Unterstreichung der immer von uns aufgestellten Behauptung, daß dem Beilringwesen in der Provinz die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Wenn man einen Druckereibesitzer von solcher Qualität antrifft, dann möchte man fast selbst an die Möglichkeit des kleinen Beschäftigungsnachweises glauben, durch den einem solchen Krauter das Recht zum Erlernen entzogen werden würde.

Was sich heutzutage als Nichtverbändler anbietet, ist auch in moralischer Beziehung oft danach. So gelang es einem 20-jährigen Schriftfessler Georg Weiß, der bis Ende Januar in Schirgismalde konditionierte, dort aber sein Bündel schnüren mußte, weil bei ihm der Sonntag immer bis zum Montag mittag dauerte, in Neusalza einen Kollegen aus seiner längere Zeit innegehabten Stellung zu verdrängen, indem er unter besonderer Betonung seiner Nichtverbändlerchaft sich als Schweizerlegen zu 18 Mk. Wochenlohn offerierte. Nun hat der billige Nichtverbändler an der neuen Stätte seines Wirkens bereits exemplifiziert, welsch zweifelhaftes Elementes sich unter den paar tausend N.-B. befinden. Einen andern jungen Mann bearbeitete er nämlich betartig mit einem Stilet, daß der Schwerverletzte jedenfalls die rechte Hand einbüßen wird. Der betreffende Prinzipal in Neusalza wird nun wohl mit seinem Nichtverbändler für 18 Mk. die Nase voll haben, wie man in solchen Fällen so sagen pflegt.

Die Bezahlung in der Reichsdruckerei ist keineswegs eine glänzende, wie vielfach angenommen wird. Da sich nur selten Gelegenheiten bieten, über die innern Verhältnisse dieses Reichsbetriebes etwas zu vernehmen, so sind die Ausführungen des Abg. Kopsch (Fr. Vp.) vom 18. Februar beim Etat der Reichsdruckerei schon aus diesem Grunde von Interesse. Die Zeitungsberichte gaben das von Kopsch im Reichstag darüber Gesagte allerdings so gekürzt wieder, daß erst der später erscheinende stenographische Bericht besser darüber informiert. Kopsch machte sich nämlich zum Fürsprecher von Wünschen der Künstler und im Monatsgehälte stehenden Angestellten der Reichsdruckerei, die als sogenannte Monatslöhner gelten. Nach einer Reihe von Jahren werden auch die Buchdrucker als Beamte angestellt oder richtiger: sie avancieren zu Monatslöhnern. Kopsch führte an, daß ein Sezer nach 22 Dienstjahren als Monatslöhner jetzt nur 160 Mk. an Gehalt bezieht. Die oft unregelmäßig erfolgenden Zulagen machen nicht selten monatlich nur 5 Mk. aus. In dem erhaltene diese Kategorie überkommen nicht bezahlt, während die im Wochenlohn Arbeitenden dafür nach dem Tarif entschädigt werden. Die letztern stehen sich überhaupt etwas besser, denn sofort nach ihrem Eintritt erhalten sie 5,30 Mk. Tagelohn. Die Monatslöhner erhalten nun um die etwaßmäßige Anstellung nach einer bestimmten Reihe von Jahren. Für Werkleute und Künstler soll ein Jahresgehalt von 4000 Mk. für Monatslöhner von 3000 Mk. festgesetzt werden. Die Zulagen sollen so bemessen werden, daß mit dem 45. Lebensjahr das Höchstgehalt erreicht wird. Diese Wünsche sind gewiß nicht unbillig. Jedensfalls wird aber mancher Leser erstaunt sein, daß in der Reichsdruckerei die Bezahlung nicht eine bessere ist.

Über die Tarifbewegung in Florenz teilt uns das Internationale Buchdruckerjournal mit, daß die dortigen Kollegen nach einwöchigem Ausstände folgende, sehr befriedigende Resultate erzielt haben: den Reinstundenlohn für die Sezer, Drucker, Stereotypure und Buchbinder; einen Tarif für die Stereotypure und Buchbinder, die vordem keinen besaßen; ein von 21 Fr. auf 23 Fr. erhöhtes Minimum für die Sezer und ein solches von 24 Fr. (früher 22 Fr.) für die Drucker. Dies entspricht einer allgemeinen Lohnerhöhung von 20 Prozent für die Stereotypure und die Buchbinder und von 10 Prozent für die Schriftfessler und Maschinenmeister. Letztere haben zudem bessere Arbeitsbedingungen erhalten. Die Haltung der Streitenden war eine ausgezeichnete, indem von beinahe 900 beteiligten Personen keine einzige abtrünnig wurde. Seines Amtes entbunden wurde vom Präsidenten Roosevelt der Leiter der Regierungdruckerei in Washington, Chas. M. Stillings. Die Arbeiterorganisationen hatten eine Reihe begründeter Beschwerden über Stillings sowohl an den amerikanischen Kongress wie auch an Präsident Roosevelt gerichtet. Die Witwe des letzten Nachkommens von Gutenbergs, Baronin v. Wolsberg, ist im Alter von 81 Jahren auf der Rheininsel Langenau bei Mainz, ihrem Bestiztume, gestorben. Hohe Preise für seltene Bücher und Schriften werden bei einer vom Antiquarier Max Berg in Berlin veranstalteten Auktion erzielt. Eine außerordentlich seltene ist jedenfalls die Doktoridiffertation Schillers: „Veruch über den Zusammenhang der kirchlichen Natur des Menschen mit seiner geistigen, verteidigt von Johann Christoph Friedrich Schiller, Kandidat der Medizin an der herzoglich Militär-Academie“, welche 450 Mk. einbrachte. „Die Räuber“ in erster Ausgabe, die nur in 800 Exemplaren erschienen war, ein bis auf einige Fleder gut erhaltenes Büchlein, erzielte 1210 Mk. Leffings „Minna von Barnhelm“ (Erfstausgabe) 585 Mk. Ein außerordentlich interessantes Buch war das Handexemplar von Bassalle: „Zur

Kritik der politischen Detonomie von Marg“, das fast Seite für Seite Notizen von Bassalle enthielt. Das Buch war ehemals Eigentum von Gotfard Bucher, dem intimen Vertrauten Bismarcks. Es brachte 510 Mk.

Die Deutsche Dichtergeächtnisstiftung, das bekannte gemeinnützige Unternehmen in Hamburg-Borsfel, hat im Jahre 1907 große Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist auf 6600 gestiegen, und der Kassenabschluß nennt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 144218,71 Mk. Die Deutsche Dichtergeächtnisstiftung hat unter diesen günstigen Umständen 44806 Bücher verteilen können, und zwar größtenteils zur Unterstützung kleiner ländlicher Volksbibliotheken. Außerdem hat sie sechs neue Bände ihrer Hausbibliothek gedruckt und hat von den schon früher erschienenen 21 Bänden dieser Sammlung nicht weniger als 17 in neuer Auflage herstellen müssen. Während früher die erste Auflage dieser Bücher auf je 6000 Exemplare bemessen wurde, ist sie jetzt infolge des beständig steigenden Abzuges auf je 10000 festgesetzt worden. Einzelne der früher erschienenen Bände sind bereits in 30000, ja in 40000 Exemplaren erschienen, und zusammen mit ihren Volksbüchern, von denen die Stiftung 1907 zehn neue Bände druckte, hat sie bereits fast drei Viertel Millionen Bände herstellen können. Der kleinste Jahresbeitrag zu der Gesellschaft beträgt 2 Mk., für den das Mitglied noch einen Band der Hausbibliothek gratis erhält. — Wie notwendig solche Einrichtungen wie die in Frage stehende sind, dafür ein drastisches Beispiel aus den letzten Tagen. In Kaufbeuren, einer bayrischen Stadt von höchstens 10000 Einwohnern, stellte der Bürgermeister in der Magistrats-sitzung den Antrag auf Schaffung einer städtischen Volksbibliothek. Ein Rechtsanwalt und Zentrumsmann widersprach mit dem Bemerken, daß doch der Katholische Arbeiterverein seine Bibliothek für jedermann geöffnet halte, somit eine Volksbibliothek überflüssig wäre. Damit war der Antrag für Vorfürung und Weiterbildung eintretender Stadtoberhauptes gefallen. Bei einer darauf vorgenommenen Durchsicht der von einem Geistlichen geleiteten Bibliothek des Katholischen Arbeitervereins machte man aber die besämmende Entdeckung, daß nicht ein einziges wissenschaftliches Werk oder sonst ein Buch von höherem Wert in dieser Arbeiterbibliothek vorhanden ist, wohl aber minderwertiges Zeug genug, das man unter Indianergeschichten und Hintertreppromane zu rubrizieren pflegt. Da können gewiß Bestrebungen von der Art der Deutschen Dichtergeächtnisstiftung nur erzieherisch wirken.

Der Deutsche Lithographenbund hat nun auch seine tatsächliche Auflösung und Verschmelzung mit dem Verbande der Lithographen und Steinbrücker beschlossen. Im vergangenen Jahre hat diese Sonderorganisation mit dem jetzt genannten Verbande, ~~die sich damals mit diesem eingegangene Verhältnis mußte~~ ~~unvermeidliche zu dem jetzt unternehmene Schritte~~ führen.

Beger Verleumdung des Gewerkschaftsartikels Hannover, dessen Vorstand sich von einem Gastworte durch einen Festschmaus“ traktiert haben lassen sollte, wofür die Abgaben des Wirtes von dem Bierumsage auf dem Gemeindefeste entsprechend geringer ausfielen, wurde der Redakteur der „Hannoverschen Tagesnachrichten“ zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der Beirat für Arbeiterstatistik beschloß nach Prüfung des Ergebnisses der Erhebungen über die Arbeitszeit in Plättereien und Waschanstalten, zu empfehlen, daß die §§ 135—139 und 139 b der Gewerbeordnung auf die gewerblichen Plättereien und Waschanstalten mit weniger als zehn Arbeitern ausgedehnt werden, daß aber gestattet sein soll, an höchstens 60 Tagen im Jahre (von denen jedoch nur 30 solche vor Sonn- und Festtagen sein dürfen) Arbeiterinnen über 16 Jahre bis abends 10 Uhr (aber höchstens zwölf Stunden am Tage) zu beschäftigen. Hat eine solche Überarbeit stattgefunden, so ist den Arbeiterinnen danach eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden zu gewähren. Weiter wurde empfohlen, an Sonnabenden und den Tagen vor Festtagen Überarbeit über die gewöhnliche Arbeitszeit nur unter der Bedingung zu gestatten, daß am folgenden Sonn- oder Festtage eine Beschäftigung der Arbeiterinnen überhaupt nicht stattfinden dürfe.

Nach Bern soll nun auch der Kanton Zürich ein Antikriegsgesetz erhalten, zu dem von dem reaktionären Züricher Bürgerverbande die Initiative ausging. Im Kantonsratsratte von Zürich wurde der Gesetzesentwurf nach einer viertägigen Debatte mit 142 gegen 68 Stimmen bereits angenommen. Ein Zusatztrag, der für den von Unternehmern Arbeitern gegenüber verübten Terrorismus ebenfalls Bestrafung vorsieht, wurde abgelehnt. In einigen Monaten wird eine Volksabstimmung über dieses Gesetz stattfinden.

Den gesetzlichen Wästkundentag für die englischen Vergleute fordert die Regierung Albions in einer Gesetzesvorlage, womit sie zum erstenmal den Versuch unternimmt, für erwachsene Männer einen Maximalarbeitszeit zur Einführung zu bringen. Bis vor einigen Jahren waren die Bergarbeiter von Durhan und Northumberland noch gegen eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit, jetzt herrscht in der englischen Bergarbeiterschaft jedoch Einigkeit über diese wichtige Frage. Nun versuchen die Bergwerksbesitzer diesen alten Streit von neuem zu entfachen, natürlich in ihrem Interesse. Der Verband der Kohlengrubenbesitzer in Süd-Wales hat nämlich ein Rundschreiben an die Arbeiterschaft erlassen und in etwa 150000 Exemplaren verbreitet. Die Arbeitgeber

Arbeitssuchende

erhalten den
Graphischen Arbeitsmarkt
bereits 5 Stunden nach Aufgabe der Anzeiger Montags und Donnerstags durch alle Postämter des Deutschen Reiches zum Bezugspreise von 9 Pf. pro Monat. Herbergen, Verkehrslokalen, Arbeitsnachweise von Buchdruckern wird das Abonnement zurückvergütet.
„**Buchdrucker-Woche**“
Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

[467]

Tüchtiger

Linotypesetzer

korrekt arbeitend, Mechanismuskennner und mit **Doppelmagazin-Linotype** vertraut, wünscht sich in dauernde Stellung zu verändern. Werte Offerten unter D. St. 532 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger

Akzidenzsetzer

auch im Interentenfache fähig, sucht sich sofort oder später in deutscher oder österreichischer Badort zu verändern. Werte Offerten unter Leipzig 530 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger, tüchtiger

Handsetzer

sucht sofort Stellung. Werte Offerten unter F. 509 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Vorlagen

für mustergetreue Drucksachen, die in der Praxis auch wirklich ausführbar sind, enthält regelmäßig die Ausgabe der „Buchdrucker-Woche“ Berlin. Bezugspreis nur 1 Mk. pro Vierteljahr (26 Nummern). Bestellungen bei den Postämtern.

Nächste Vorlagentafel:
Illustrierte Vorlagen aus vorhandenen Materialen geliefert, Antworten von Kromsdorf bei den Gebrüder Feyl, Berlin. [497]
Geeignete Entwürfe werden jederzeit angekauft.

Aus Konkurrenzpreise offerierte freibleibend unter Nachnahme ab hier:

Zeilenmesser, Räßlerne, unverwundlich, 15 cm, Messer, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200, 205, 210, 215, 220, 225, 230, 235, 240, 245, 250, 255, 260, 265, 270, 275, 280, 285, 290, 295, 300, 305, 310, 315, 320, 325, 330, 335, 340, 345, 350, 355, 360, 365, 370, 375, 380, 385, 390, 395, 400, 405, 410, 415, 420, 425, 430, 435, 440, 445, 450, 455, 460, 465, 470, 475, 480, 485, 490, 495, 500, 505, 510, 515, 520, 525, 530, 535, 540, 545, 550, 555, 560, 565, 570, 575, 580, 585, 590, 595, 600, 605, 610, 615, 620, 625, 630, 635, 640, 645, 650, 655, 660, 665, 670, 675, 680, 685, 690, 695, 700, 705, 710, 715, 720, 725, 730, 735, 740, 745, 750, 755, 760, 765, 770, 775, 780, 785, 790, 795, 800, 805, 810, 815, 820, 825, 830, 835, 840, 845, 850, 855, 860, 865, 870, 875, 880, 885, 890, 895, 900, 905, 910, 915, 920, 925, 930, 935, 940, 945, 950, 955, 960, 965, 970, 975, 980, 985, 990, 995, 1000.

Erstklassige Fahrräder
und Zubehör, liefert billigst, auch auf Teilzahlung. Vertreter gesucht. Katalog gratis, Hans Grosse & Co., Einbeck 261.

Stichel u. Messer f. Tomplattenschnitt. Katalog gratis! Th. Bartholmes, Berlin, Oranienstr. 135.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg 6.

120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis 170 Mk. pro Mille. — Hochfeine Qualitäten in Vorstenland-, Sumatra-, Brasil-, Mexico-, Manila- und Havana-Zigarren. Preislisten stehen zur Verfügung.

Buchdruckerkitel

aus gutem Köper Nowa 110 120 130 140 cm lang
Achsenschluß 2,95 2,60 2,75 2,90 Mk.
aus Prima Köper Nowa 2,90 3,10 3,25 3,40 Mk.
aus gestreift Regatta

Wurzel & Co., Berlin, Brückenstr. 13.
Fabrik für Berufskleidung. [315]

Restaurant

für Anfänger (speziell Buchdrucker) geeignet, sichere Existenz, Schultheißbier, verkauft mit Billard, Kegeln, Snitzkasten

Otto Schmid, Berlin O34, Thaarstr. 5.

Der Seher Julius Kufschauer aus Leipzig, gegenwärtig in Leipzig, wird erhaben seinen Berufstätigen in 60 Tagen sofort nachzukommen, andernfalls weitere Schritte unternehmen wird.

Um postallischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle übergeben, sondern an **Konrad Eichler** adressieren.

Beleger: E. Böllin, Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: L. Regehäuser in Leipzig. Geschäftsstelle: Salomonstraße 8. — Druck von Kabeili & Gille in Leipzig.

Erneuern Sie nicht

Ihre Bestellung auf das bisher von Ihnen für Ihre berufstechnische Fortbildung gehaltene Blatt, bevor Sie sich Probenummern der neuen B-Ausgabe

der „Buchdrucker-Woche“ mit der Beilage „Praktische Vorlagen“ aus Berlin SW 68 haben kommen lassen. Zusendung sofort und kostenlos. Bezugspreis für 26 Nummern im Vierteljahre nur 1 Mk. Jeder Abonnent erhält die noch vorhandenen Vorlagentafeln kostenfrei nachgeliefert.

Bis jetzt erschienen 38 Tafeln mit größtenteils preisgekrönten Entwürfen, darunter: 15 Briefköpfe, 22 Buchtitel, 32 Anzeigenentwürfe, Geschäftskarten, Broschürentitel, Speisekarte, Musikprogramm usw.



Arno Etzold, Gera (Reuss)

Fabrik für
Berufskleidung und Wäsche
empfiehlt sein Fabrikat: Normalarbeitskleider f. alle Berufe, speziell für Maschinenmeister, Schriftsetzer, Buchdrucker, Lithographen usw.
Blaue Anzüge von 2 Mk. an. — Setzerkitel, echt Elbin, in blauweiss gestreift, u. all. Farben:
140 130 120 cm lang
Prima 3,50, 3,55, 3,20 Mark
Qual. I 3,90, 3,15, 3,00 „
„ II 3,00, 2,85, 2,70 „
„ III 2,65, 2,50, 2,35 „

Für Burschen billiger. Katalog franko.

Verpassen Sie es nicht!
Lehmann & Assmy
Tuchfabrik, Spremberg 67
verkauft direkt ab Fabrik [198
Anzug-, Paletot-, Hosen- und Westenstoffe jedes Maß an Private zu unerreicht billigen Preisen.
Muster an Jedermann frei!

Anflösungspasta „Sipia“.
Seitgedruckene Schrift, die jahrelang gealtert hat, gleichviel ob neue oder alte Schrift oder Stereotypsatz, wird rasch damit gelöst und läßt sich leicht ablegen. Pro Mio 4 Mk. [461
D. Marschner, Leipzig, Meidnerstr. 21.

Buchhaus Kleines Konversations-Exzelenz.
2 Bände 24 Mk., sowie alle anderen Werte liefert gegen Bequeme monatliche Teilzahlung **H. Wilhelm, Dresden, R. Eichenstraße 7.** Speziell den Dresdner Kollegen empfehle mich zur Lieferung von Fachliteratur. Prospekte zu Diensten! — [199
legen als Vertreter gesucht!

J. F. Emil Schmidt, Berlin
Lindenstraße 3, zweiter Hof parterre.
Große Bereinigungszimmer (bis 120 Personen) für Drucker- und Berufstätigen. Vorzügliche Speisen und Getränke. [674

Julius Meyer, früher Augustin
Berlin, Oranienstr. 103, n. d. Lindenstraße.
Saal (200 Personen). & Bereinigungszimmer.
Mittagstisch 60 Pf. mit Bier. Tel.: Amt IV 5652

Gastwirtschaft Imhoff
Köln am Rhein, Perlengraben 36.

Logis 40 Pf. Für Ferienreisende:
Zimmer mit zwei Betten à 75 Pf. u. 1 Mk.
Zimmer allein 1,25 Mk. und 1,50 Mk.

Gasthaus „Stadt Hannover“
Leipzig, Seeburgstrasse 25
empfiehlt einzelne Zimmer von 1 Mk., saubere Betten von 50 Pf. an. Mittagstisch 50 Pf. Gesellschaftsz. zu Versammlungen, neue Kegelbahn, à Abend 1,50 Mk. „Korr.“ liest aus. W. Spiess sen. [812

Den Herren Buchdruckern des **Osten Berlins** empfehle mein Lokal zu Druckerei-Veranstaltungen und jenseitigen Besuche. „Korr.“ liegt aus. **Albrecht Högger, Lange Straße 10.** [35

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des „Korr.“ (Konrad Gildner), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Freimarke können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des „Korr.“

Brillanten, Juwelen und Goldwaren für Jedermann

Man erhält umsonst und portofrei unseren Katalog mit über 2000 Abbildungen v. Taschenuhren, Wanduhren und Weckern, Ketten, Schmuckgeschäften aller Art. Photogr. Apparate. — Geschenk-Artikel f. den praktischen Gebrauch und Luxus. Sprechmaschine, u. Musikinstrumente, Nähmaschine, und gerahmte Bilder usw.

Wir liefern auf Teilzahlung

Der Besteller bekommt sof. die Ware, die er wünscht, und die Bezahlung geschieht in monatlichen Raten.

Wer einmal so gekauft hat, macht es stets wieder so. Siehe folgenden beglaubigten Bericht des öffentlich angestellten beidseitigen Bücher-Revisors und Sachverständigen **F. GORSKI in Berlin:**

Ich bescheinige hierdurch, dass von 1000 (tausend) bei der Firma **Jonass & Co., G. m. b. H., Berlin**, nacheinander eingegangenen Aufträgen 674 von Käufern herrührten, welche bereits früher von der Firma Waren bezogen hatten; ich habe mich hiervon durch Prüfung der Bücher und Beläge überzeugt.
F. Gorski,
beidseitig. Bücherrevisor u. Sachverst.

Tausende beglaubigte Anerkennungen. — Hunderttausende Kunden.
Jährlicher Versand über 25 000 Uhren. Zusend. des Katalogs umsonst u. portofrei.

Jonass & Co., Berlin SW. 247.

Belle-Alliance-Strasse 3
Vertrags-Lieferanten vieler Vereine.

Gegründet 1889

Am 1. März verstarb unser wertos Mitglied, der Setzer
Josef Karl
aus Premberg, 28 1/2 Jahre alt, an Lungenerkrankung. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft München. [618

Am 1. März verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Gelehrer
Sylvain Rosenthal
an den Folgen eines Betriebsunfalles.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
[638] Der Bezirksverein Strassburg i. Els.

Todesanzeige.
Am 3. März verschied nach vierwöchiger Krankheit unser langjähriges, treues Mitglied, der Schriftgießer
Ludwig Stertzbach
aus Nürnberg im Alter von 48 Jahren infolge Gichtleidens. Ein bleibendes Andenken bewahrt ihm [522
Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 43
liefert franko
Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Am V. D. B. (Moz.) Wir halten fest und treu zusammen. 25 Stück à 1 Mk. Einzeltitel 10 Pf. Preis des Journalisten. Ein Lehr- u. Handbuch für Schriftsetzer, Journalisten und Redakteure. Von Joh. Freigenksch. 4 Mk. Der Faktor. Hilfsbuch für Faktoren. Geb.-4 Mk.